

Herbert Hönigsberger, Sven Osterberg



Wie sozial sind die Piraten?

Die soziale Frage in Programmen und Piratendiskursen

Ein Projekt der Otto Brenner Stiftung
Frankfurt am Main 2013

OBS-Arbeitspapier Nr. 5

OBS-Arbeitspapier 5

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Jupp Legrand
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
D-60329 Frankfurt/Main

Tel.: 069-6693-2810
Fax: 069-6693-2786

E-Mail: info@otto-brenner-stiftung.de
Internet: www.otto-brenner-stiftung.de
www.piraten-studie.de

Autoren:

Herbert Hönigsberger
E-Mail: herbert.hoenigsberger@nautilus-politikberatung.de

Sven Osterberg
E-Mail: sven.osterberg@nautilus-politikberatung.de



Redaktion: Burkard Ruppert (OBS) und Julian Wenz (OBS)

Redaktionsschluss: 6. Mai 2013

Hinweis zu den Nutzungsbedingungen:

Dieses Arbeitspapier darf nur für nichtkommerzielle Zwecke im Bereich der wissenschaftlichen Forschung und Beratung und ausschließlich in der von der Otto Brenner Stiftung veröffentlichten Fassung – vollständig und unverändert – von Dritten weitergegeben sowie öffentlich zugänglich gemacht werden.

In den Arbeitspapieren werden Ergebnisse der Forschungsförderung der Otto Brenner Stiftung dokumentiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Für die Inhalte sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Arbeitspapiere erscheinen nur online, nicht als Printprodukt. Download und weitere Informationen: www.otto-brenner-stiftung.de

Inhalt

Vorbemerkung der Autoren.....	2
1. Der sozialpolitische Programmdiskurs.....	6
2. Strukturen des Sozialdiskurses der Piraten in Foren- und Mailinglisten	8
3. Die Haltung der Piraten zu den Gewerkschaften.....	10
4. „Gewerkschaftsnahe“ Diskurselemente	11
5. Grundeinkommen: Das Schlüsselthema der Piraten	13
6. Die Piraten und die Soziale Frage	18
Anhang.....	22
<i>Tabelle 1:</i> Korpusübersicht - das Datenmaterial.....	22
<i>Tabelle 2:</i> Sozialdiskursbegriffe in Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2009 – Vergleich	23
<i>Tabelle 3:</i> Sozialdiskurs in Parteiprogrammen – Vergleich	24
<i>Tabelle 4:</i> Sozialdiskurs der Piraten – Kernbegriffe unter den TOP-1000-Begriffen und TOP-100 Begriffen	26
Schaubild 1: Piraten-Wahlprogramm Bundestag 2009: Häufigste Begriffe	28
Schaubild 2: Piraten-Grundsatzprogramm 2012: Häufigste Begriffe	29

Vorbemerkung der Autoren

Die soziale Frage bedrängt die kapitalistischen Industriegesellschaften, seit sie aus dem Boden der traditionellen Agrargesellschaften empor gewuchert sind. Seit der industriellen Revolution muss sich die Menschheit, müssen sich die arbeitenden Menschen immer wieder mit gewaltigen sozialen Missständen herumplagen, mit Existenzunsicherheit, Armut, Elend, Not, wie sie nur Gesellschaften mit kapitalistischer Produktionsweise hervorbringen. Die Lage der arbeitenden Klassen ist von Anfang an das Generalthema der sozialen Frage. Die Probleme haben sich geändert und sie variieren von Land zu Land. Aber die kapitalistischen Industriegesellschaften werfen die soziale Frage jeden Tag neu auf, und gerade auch dann, wenn eine Generation geglaubt hat, sie habe Antworten gefunden. Bis heute und heute wieder treibt die Gesellschaft um und lässt sie nicht los, wie der gesellschaftlich produzierte Reichtum verteilt wird und wie es um die Gerechtigkeit bestellt ist. Die soziale Frage ist und bleibt eine Herausforderung moderner Gesellschaften. Keine Partei, was auch immer ihr ursprünglicher Gründungsimpuls ist, kann sich auf Dauer dem Druck entziehen, der von der zeitgenössischen sozialen Frage ausgeht. Nicht ohne Grund heißen Parteien *sozialdemokratisch*, *christlich-sozial*, sind sie ökologisch, *sozial*, basisdemokratisch etc., berufen sich alle auf die *soziale* Marktwirtschaft, reden vom *Sozialstaat*. Was Arbeit schafft, sei *sozial*, behaupten manche. *Sozial*, das *Soziale* ist allgegenwärtig. Sprachlich allerdings auf durchaus eigentümliche Weise. *Freiheit*, *Gleichheit*, *Gerechtigkeit*, *Solidarität* sind starke Substantive, Fahnenwörter, Kampfbegriffe. Das *Soziale* verblasst dagegen und ist eher ungebräuchlich. Es tritt nur als Adjektiv *sozial* stark auf. Auf das Attribut *sozial* zu setzen, damit auf das *Soziale* in der Politik zu rekurrieren und die eigene Politik als *sozial* auszuweisen, gehört zum Standardrepertoire des Parteienwettbewerbs. Die Parteien und zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft, die Gewerkschaften zumal, wetteifern um die Deutung des Begriffs und konkurrieren mittels des Nachweises ihrer sozialen Grundhaltung. Die Bildung von Komposita des Wortstamms *sozial* ist allgemeine deutsche Sprachpraxis und bereichert das Spracharsenal der Sozialbürokratie, vom *Sozialleistungsempfänger* bis zum *Sozialversicherungsträger*. Das Adjektiv wird von politischen Sprechern nicht nur inflationiert, seine Verwendung unterliegt auch einer gewissen Zwanghaftigkeit. Von *sozialer Gerechtigkeit* ist oft vermeintlich bestärkend, tatsächlich einschränkend die Rede, wo doch *Gerechtigkeit* genügt, *Gerechtigkeit* pur klarer und eindeutiger wäre.

Dass in den zeitgenössischen Turbulenzen Menschen ungebrochen hoffen, mit Hilfe neuer politischer Parteien, zu deren Bildung die Demokratie ermutigt, ließe sich den erkannten Problemen letztlich doch zu Leibe rücken, zeugt von einer optimistischen Grundhaltung der Gattung. Wie also stellen sich die Piraten als vorletztes Ergebnis dieses hochgemuten demokratischen Optimismus dem unausweichlichen Druck der sozialen Frage? Wie sozial sind die Piraten? Was ist der soziale Grundimpuls dieser neuen Formation, die nach einem kurzen Höhenflug darum kämpft, dem Abstieg zu den Sonstigen zu entgehen? Die Studie geht diesen Fragen nach.

Wer, was und wie sozial die Piraten sind, erfährt man, wenn man zuhört, wie sie reden; es erschließt sich anhand ihrer Diskursführung und ihres Sprachgebrauchs. Der Sozialdiskurs wird mit einem Satz einschlägiger Begriffe bestritten, sie transportieren seine wesentlichen Inhalte. Der Sprachgebrauch – die Häufigkeit, die Art und Weise der Verwendung bestimmter Begriffe, ihr Gehalt, ihr begriffliches Umfeld, ihre Komposita, aber auch die Abwesenheit bestimmter Begriffe – lässt Schlüsse auf Bedeutung, Gehalt und Richtung des Sozialdiskurses zu. Wir untersuchen Sprache: die Piratensprache des Sozialen, wie sie die Piraten selbst dokumentieren, Sprache, wie sie die Piraten zu ihren eigenen Konditionen in ihren eigenen Diskursräumen sprechen, Sprache nach ihren eigenen Regeln zwischen

Offenheit und Anonymität, also ungeschützten, authentischen O-Ton, nicht gebrochen durch Interviewfragen, Talkshow-Ambiente oder Erhebungssituationen. Unserer Erfahrung nach liefern die Analysen diskursiver Grundlinien, des Sprachgebrauchs und der Sprachmuster von führenden Akteuren, Mitgliedern und des Umfelds einer Partei Hinweise darauf, was von ihr jenseits der zur Programmik verdichteten, gemeinsam geglaubten Wahrheiten, geteilten Überzeugungen aber auch Vorurteile wirklich zu halten ist, was sie antreibt und orientiert. Die transparente Kommunikation der Piraten in ihren Foren und Mailinglisten legt den Charakter der Partei offen, und sie ist eine Art Frühindikator für ihre programmatische Perspektive. Die systematische Wahrnehmung der umfangreichen Piratenkommunikation erübrigt Spekulationen auf begrenzter empirischer Grundlage.

Mit welchen Begriffen operieren die Piraten programmatisch und in ihrem Sozialdiskurs? Mit welchen Begriffen nehmen sie am gesellschaftlichen Sozialdiskurs teil? Wie schließen sie an den gesellschaftlichen Sozialdiskurs an? Was ist neu an Sprache und Diskursführung der Piraten? Welche Schlüsse auf die sozialpolitische Grundorientierung und den sozialen Grundimpuls dieser neuen Formation lassen sich aus ihrem sozialpolitischen Wortschatz, ihrem Sprachgebrauch und ihrer Diskursführung ziehen?¹ Die Anwendung von Verfahren der netzbasierten Sprach- und Diskursanalyse ist die Besonderheit der Studie. Quellen sind – nichts liegt für eine so netzaffine Partei wie die Piraten näher – sprachliche Produkte, Texte, die im Internet dokumentiert sind: Programme, Mailinglisten, Foren, Liquid Feedback, Pressemitteilungen, Webseiten. Sie werden zu „Textkorpora“ zusammengefasst und quantitativ und qualitativ ausgewertet. (siehe „Die Materialbasis: Der gesamte Textkorpus, Teilkorpora und Einzelkorpora“, S. 5)² 270.000 Einträge von mindestens 5.000 Usern wurden so in die Untersuchung einbezogen. Mit 42.500 Begriffen, die jeweils mindestens zehnmal oder mehr benutzt werden, operieren die Diskutanten. Ca. 1.650 Begriffe des Sozialdiskurses haben wir darunter identifiziert, knapp vier Prozent des gesamten untersuchten Wortschatzes. Sie werden insgesamt 800.000mal benutzt. Das ist das Material, die empirische Basis der Analyse.³

Eine Untersuchung dieser Art ist für andere Parteien nicht möglich. Sie ist überhaupt nur wegen einer Besonderheit der Piraten machbar: Sie lassen die Beobachtung ihres Innenlebens und ihrer Außenkontakte in einem Maße zu, das für politische Parteien außergewöhnlich ist. Diese Praxis entspringt dem Transparenzgebot, das für die Piraten hohen symbolischen und integrativen Wert hat. Ob diese Transparenz den Parteaufbau gefördert hat, ist nicht erkennbar. Sie zeugt aber von Souveränität oder soll zumindest Souveränität suggerieren. Und sie generiert eine Dienstleistung für die Gesellschaft. Denn die Piraten gewähren einen Einblick in ihre Binnenverhältnisse, den andere Parteien der Öffentlichkeit nicht zuzumuten wagen. Das Modell sollte herausfordern.

Die Studie umfasst drei Teile, die getrennt voneinander auf der OBS-Webseite abgerufen werden können: Die Ergebnisdarstellung, die Analyse und eine kurze Einführung in die Methodologie. Im Anhang wird umfangreiches Tabellenmaterial präsentiert. Der erste Teil, die Ergebnisdarstellung, fasst die Resultate verschiedener Analyseschritte zusammen. Die Analyseschritte werden im zweiten

¹ Sinnvoll und auf Basis des Datenmaterials unbedingt machbar gewesen wäre auch eine analytische Fokussierung auf die soziale Gerechtigkeit im Netz gewesen. Welche neuen Antworten haben die Piraten auf die neue zeitgenössische soziale Frage, die das Netz und seine Eigentumsverhältnisse, Zugangsmöglichkeiten und -beschränkungen sowie die Verteilung der Nutzungschancen aufwirft? Aus gegebenem Anlass liegt der Schwerpunkt auf Nähe und Distanz zum vorherrschenden gesellschaftlichen Sozialdiskurs und insbesondere dem der Gewerkschaften.

² Es ist nach der Untersuchung des normativen Diskurses der Piraten unsere zweite Studie dieser Art. Vgl. Hönigsberger, H.; Osterberg, S. (2012): Diskurs mit den Piraten. Eine sprachbasierte Lageanalyse und Empfehlungen zu einer Diskursstrategie. Berlin. <http://www.boell.de/publikationen/publikationen-studie-empfehlungen-diskurs-piraten-15810.html>

³ Zu Details des Wortschatzes, der Einträge und User etc. vgl. Tabelle 1

Teil dargestellt und mit Auszüge aus dem Datenmaterial illustriert. Sie verdeutlichen, wie die Ergebnisse produziert wurden. Der dritte Teil zu Untersuchungsstrategie und Methodik vertieft den Einblick in die Arbeitsweise der Untersuchung. Im Anhang schließlich können die zugrunde liegenden Tabellen eingesehen und die Überlegungen im Detail nachvollzogen werden. Das Material lässt außerdem weitere Deutungen zu. Versucht wurde, Teil I – die Ergebnisdarstellung – verständlich und lesbar zu gestalten, ohne die vertiefenden Abschnitte 2 und 3 zur Kenntnis nehmen zu müssen. Alle drei Teile sind für sich lesbar.

Wir bedanken uns bei der Otto-Brenner-Stiftung für die gute Zusammenarbeit.

Berlin, Mai 2013

Herbert Hönigsberger
Sven Osterberg

Die Materialbasis: Der gesamte Textkorpus, Teilkorpora und Einzelkorpora⁴

Teilkorpus Öffentliche Foren

Forum Öffentlich Piratenpartei - FÖPP - <https://news.piratenpartei.de>

Forum Öffentlich Politische Diskussionen - FÖPD - <https://news.piratenpartei.de>

Teilkorpus Interne Kommunikation

Liquid Feedback Landesverband Berlin - LQFB_Berlin - <https://lqpp.de/be>

Liquid Feedback Bundesverband - LQFB_Bund - <https://lqfb.piratenpartei.de/>

Mailinglisten - <https://service.piratenpartei.de/listinfo>:

Landesverband Berlin - ML_Berlin

AG Bedingungsloses Grundeinkommen - ML_BGE -

AG Bildung - ML_Bildung

AG Demokratie - ML_Demokratie

AG Frauen - ML_Frauen

Teilkorpus Offiziell-öffentliche Kommunikation

Pressemitteilungen Webseite Bundesverband - PM_Bund

<http://www.piratenpartei.de/category/pm/>

Grundsatzprogramme Piratenpartei Bundesverband und Landesverband Berlin - GP_Piraten

Grundsatzprogramm Bundesverband 2006 (10.09.2006), 2009 (05.07.2009), 2011 (20./21.11.2010), 2012 (3./4. Dezember 2011); Grundsatzprogramm Berlin

Wahlprogramme Piratenpartei - WP_Piraten

2009 Bundestag, 2009 Hessen, 2009 Saar, 2009 Sachsen, 2010 NRW, 2011 Berlin, 2011 Baden-Württemberg, 2011 Hamburg, 2011 Rheinland-Pfalz, 2011 Sachsen Anhalt, 2012 NRW, 2012 Saar, 2012 Schleswig-Holstein, 2013 Niedersachsen

alle Programme: <http://www.piratenpartei.de/politik/wahl-und-grundsatzprogramme/>

⁴ Stand: 15.02.2013

1. Der sozialpolitische Programmdiskurs

Ca. 1.200 Begriffe des Sozialdiskurses wurden in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2009 sowie in den aktuellen Grundsatzprogrammen identifiziert. Das sind etwas über acht Prozent der insgesamt knapp 14.500 Nomina aller einbezogenen Programme. Die Piraten waren bei der Bundestagswahl 2009 die Partei mit der sparsamsten Programmatik. Bei der Bundestagswahl 2009 benutzten sie gerade mal 698 Substantive. Das Wahlprogramm der Grünen war über siebenmal so umfangreich. Und das Programm der Linken – das zweitkürzeste – enthielt noch immer über viermal so viel Substantive wie das Piratenprogramm. 26 sozialpolitische Programmbegriffe verwendete das Piratenprogramm 2009, nicht einmal vier Prozent des gesamten programmatischen Wortschatzes. Bei der Linkspartei lag dieser Anteil fast bei 25 Prozent, bei der SPD weit über zehn. Aber die äußerst knappe sozialpolitische Begrifflichkeit enthält schon den Keim des sozialpolitischen Programms der Piraten: Die *Freiheit* als zentralen Grundwert und die Fokussierung auf *Zugang, Teilhabe, Beteiligung, Partizipation* und *Zugangsmöglichkeiten* – fünf der 26 sozialpolitischen Begriffe fangen das Beteiligungsthema ein. Auf den Programmbegriff der *Zugangsmöglichkeit* haben die Piraten sogar den Alleinvertretungsanspruch (vgl. Tabelle 1, Schaubild 1).

Mittlerweile machen die Piraten mehr programmatische Worte, und der Anteil des sozialpolitischen Wortschatzes wächst. Ca. 1.300 Substantive enthält das jüngste Grundsatzprogramm von 2012. Das umfangreichste Programm, das der Grünen, ist nur noch knapp dreimal so umfangreich. Und das kürzeste nach den Piraten, das der SPD, enthält nur ca. 300 Begriffe mehr. Ca. 90 Begriffe des Piratenprogramms – 7,5 Prozent – sind Begriffe des sozialpolitischen Diskurses. Die Piraten liegen damit zwar immer noch unter dem durchschnittlichen Anteil des sozialpolitischen Vokabulars der Grundsatzprogramme von knapp neun Prozent. Aber dieser Anteil von 7,5 Prozent bewegt sich bereits im Bereich von CSU und FDP (vgl. Tabelle 2, Schaubild 2).

Die Piraten sprechen die Sprache des allgemeinen sozialpolitischen Diskurses, der durch den Sprachgebrauch der Programme der politischen Parteien repräsentiert wird. Die meisten sozialpolitischen Begriffe, die die Piraten in ihren Programmen auf Bundes- und Landesebene verwenden, sind auch im Sprachgebrauch aller Bundestagsparteien. Die Piraten sind dabei, sprachlich und begrifflich zu den etablierten Parteien aufzuschließen. Die wenigen Sozialdiskursbegriffe, die ausschließlich die Piraten gebrauchen, sind sprachliche Besonderheiten, aber keine neuen zündenden Bedeutungstransporteur. Dagegen sind die Begriffe, die sie gemeinsam mit anderen Parteien benutzen, trotz der allgemeinen Gebräuchlichkeit überwiegend stark aufgeladene Fahnenwörter und teilweise auch Kampfbegriffe, um die die semantische Auseinandersetzung tobt. So gibt es einen breiten und geteilten normativen Referenzrahmen der Sozialpolitik. Immerhin zehn normative oder normativ stark aufgeladene Begriffe – *Freiheit, Zugang, Teilhabe, Gerechtigkeit, Chance, Gleichberechtigung, Beteiligung, Benachteiligung, Abhängigkeit* und *Mitbestimmung* – gehören zum gemeinsamen Programmwortschatz der Bundestagsparteien und der Piraten. Aber die Begriffe des gemeinsamen normativen Fundaments – man denke beispielsweise nur an *Freiheit, Gerechtigkeit, Mitbestimmung* – werden hochkontrovers semantisch unterlegt. Die Piraten steigen in die sozialpolitische Kontroverse in zentralen Diskursfeldern ein und beteiligen sich am Kampf um Kernbegriffe der Sozialpolitik mit eigenen Deutungen.

Insgesamt deckt sich die Verwendung sozialpolitischer Begriffe durch die Piraten mit den Verwendungsmustern von Rot-Grün und der Linken etwas mehr als mit denjenigen von Union und FDP. Ausschließlich verwenden die Piraten gemeinsam mit allen oder einzelnen Oppositionsparteien die Be-

griffe *Grundeinkommen, Mindestlohn, Existenzsicherung, Altersarmut, Armutsgrenze, Beteiligungsrecht*. Selbst die ausschließliche Verwendung derartiger semantisch aufgeladener Fahnenwörter aus umkämpften Feldern der Sozialpolitik lässt keine Schlüsse auf eine eindeutige politische Lagerzugehörigkeit zu und erlaubt auch keine Lagerzuordnung. Sie liefert aber Indizien für gewisse ideologische Präferenzen, thematische Nähe und eine stärkere Bezugnahme der Piraten auf den durch die Oppositionsparteien umrissenen Diskursraum.

Seit dem ersten Grundsatzprogramm 2006 haben die Piraten ihre sozialpolitische Programmatik überproportional ausgebaut. Die Zahl der sozialpolitischen Begriffe hat sich kontinuierlich erhöht, der sozialpolitische Programmwortschatz hat sich fast versiebenfacht. Der Anteil der sozialpolitischen Programmbegriffe an den gesamten Programmbegriffen hat sich mehr als verdoppelt. Umfang und Gewicht des sozialpolitischen Programmtails wachsen, er gewinnt an Bedeutung und wird ausdifferenziert. Im Bundestagswahlprogramm 2009, im Grundsatzprogramm von 2012 und in den Programmen der letzten 14 Landtagswahlen sind die expliziten Aussagen der Piraten zu sozialen Fragen und Fragen der Arbeitswelt unter Überschriften wie *Arbeit und Mensch, Arbeit und Soziales, Wirtschaft und Soziales, Arbeit und Gesundheit* meist in den hinteren Programmteilen zu finden, jedenfalls nicht sonderlich prominent platziert. Die Passagen sind trotz Wachstum bei weitem nicht so ausgearbeitet wie andere Programmteile, beispielsweise die klassischen Piratenschwerpunkte Netzpolitik, Bürgerrechte, Transparenz staatlichen Handelns, aber auch verglichen mit Aussagen zu Bildungspolitik oder Verbraucherschutz. Schwerpunkte in der Piratenprogrammatik sind Arbeit und Soziales nicht. In einem Landtagswahlprogramm stehen Aussagen zu Niedriglohn, Zeitarbeit und Mindestlohn noch nach Forderungen zu Standards der Nutztierhaltung. In einem anderen ist es der letzte Punkt nach der Freigabe von Cannabis. Im Berliner Wahlprogramm gibt es keine sozialpolitischen Forderungen im engeren Sinn.

Auf ihre Weise erschließen die Piraten aber auch soziale Dimensionen anderer Politikbereiche. Die Debatte über den freien Netz- und Datenzugang, die Transparenzdebatte und die Positionen zu Informationsfreiheit, Wissensteilung und Urheberrecht haben ausgeprägte soziale Komponenten, ebenso die Haltung zum Datenschutz und zur Datenweitergabe, zum Arbeitnehmerschutz bei der Sammlung von Daten, ihrer Weitergabe und Verwendung im Betrieb und am Arbeitsplatz. Soziale Elemente werden in Feldern wie der Bildungs- und der Gesundheitspolitik, beim Jugendschutz, der Drogenpolitik, beim Verbraucher- und Nichtraucherschutz und auch bei der Migrantinnenpolitik eingebaut. Piratenforderungen nach offenen Standards und freier Software, Open Source und Open Data haben ebenfalls eine soziale Dimension.

Ihre sozialen Ambitionen drücken die Piraten häufig in egalisierenden Forderungen „für Alle“, für „alle Menschen“, „alle Bürger“ oder „für jeden“ aus. Öffentliche Dienstleistungen und Angebote, aber auch privatwirtschaftlich erzeugte Güter und Dienstleistungen, die lebenswichtig und für die gesellschaftliche Teilhabe unverzichtbar sind, sollen allgemein zugänglich sein (das Netz, der öffentliche Nahverkehr, öffentliche Infrastruktur, Bildungseinrichtungen von Kindertagesstätten über Bibliotheken bis Hochschulen etc.). Der soziale Sinn ist, sie auch Personen zugänglich zu machen, die von Konsum und Nutzung dieser Güter und Dienstleistungen ausgeschlossen bleiben, weil sie nur zu einem zu hohen Preis erhältlich sind, oder deren Verpreisung überhaupt illegitim und ungerecht erscheint. Grundmuster der sozialpolitischen Orientierung der Piraten sind Nivellierung, Egalisierung, Inklusion und Antidiskriminierung. Freier Zugang heißt: ein für Nutzer kostenloser, gebühren- und entgeltfreier Zugang zu öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistung sowie lebenswichtigen und

teilhaberelevanten Gütern. Über allem schwebt die Formel vom Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe (RESET). Programmatisch ist das Konzept der Kostenfreiheit bislang wesentlich prominenter verankert als das Grundeinkommen, das konzeptionell das bedeutsamere und innovativere Element zur Gewährleistung des Rechts auf Existenz und Teilhabe ist.

Destilliert man aus dem sozialpolitischen Wortschatz der Grundsatzprogrammen die drei Leitbegriffe heraus, die drei Begriffe, die am häufigsten vorkommen, kristallisiert sich eine sloganfähige sozialpolitische Wertetriade heraus: *Freiheit, Zugang, Teilhabe*. Im Bundestagswahlprogramm 2009 lautet die Triade der Leitbegriffe dagegen: *Zugang, Freiheit, Arbeit*. Aus den Programmen zu den Landtagswahlen schält sich summa summarum dieselbe, nur anders hierarchisierte Triade heraus: *Zugang, Arbeit, Freiheit*. Die Arbeit als sozialpolitischer Leitbegriff in den Wahlprogrammen macht aus den Piraten keine Partei der Arbeit. Aber sie sind – darauf liefert der Programmbegriff einen Hinweis – eine Partei des Arbeits- und Arbeitsweltdiskurses, eine Partei, die dabei ist, sich einen eigenen Begriff der Arbeit zu erarbeiten. Zur Parole gewendet, als Wahlkampfmotto gedacht und je nachdem mit welcher politisch-ideologischen Brille, liest sich die Leitbegriffs-Triade *Zugang, Freiheit, Arbeit* erstaunlich sozialdemokratisch einerseits, liberal andererseits – oder beides.

Mit der knappen Formel zur betrieblichen Mitbestimmung und mit der Aufnahme der Gerechtigkeit in den programmatischen Wortschatz signalisieren die Piraten eine Erweiterung ihres normativen Grundgerüsts. Mit den – immer noch bescheidenen – Formeln zur Gerechtigkeit haben sie die Kontroverse in der Mitgliedschaft und ihrem Umfeld um den Begriff der Gerechtigkeit zu einem ersten programmatischen Abschluss gebracht und schließen näher zum fundamentalen gesellschaftlichen Gerechtigkeitsdiskurs auf.

2. Strukturen des Sozialdiskurses der Piraten in Foren- und Mailinglisten

Der Sozialdiskurs in den Foren und Mailinglisten ist ungleich umfangreicher als die offizielle Kommunikation der Piraten in ihren Programmen und Pressemitteilungen. In den öffentlichen Foren (vgl. die Gesamtdarstellung des Textkorpus S. 5) werden die 1.650 Begriffe des Sozialdiskurses fast 500.000mal und in den internen Mailinglisten fast 300.000mal verwendet. In der offiziellen öffentlichen Kommunikation sind 1.300 Begriffe (!) des sozialpolitischen Wortschatzes überhaupt nicht in Gebrauch. Das sind fast 80 Prozent. Der offizielle öffentliche Sprachgebrauch der Piraten in ihren Programmen und Pressemitteilungen ist im Vergleich zur Kommunikation der Mitglieder und des Umfelds also nachgerade ärmlich. Wortschatz und Sprachgebrauch spiegeln den Stand der formell erreichten innerparteilichen Verständigung wieder.

Unter den TOP-1000-Begriffen des gesamten untersuchten Piratenwortschatzes (42.500 Begriffe, die mindestens 10mal benutzt werden) sind 82 Sozialdiskursbegriffe. Das sind gerade fünf Prozent des identifizierten sozialpolitischen Piratenwortschatzes von 1.650 Begriffen. Aber diese 82 Begriffe decken in den öffentlichen und internen Foren 79 Prozent des sozialpolitischen Sprachgebrauchs ab. Und die TOP 100 der Sozialdiskursbegriffe (sechs Prozent des sozialpolitischen Wortschatzes) decken sogar 81 Prozent des Sprachgebrauchs ab. Der Kern des sozialpolitischen Sprachgebrauchs der Piraten besteht aus 80 bis 100 Begriffen. Auf Basis dieses Kerns erscheinen die Unterschiede zwischen

der sozialpolitischen Begrifflichkeit in den verschiedenen Foren und der offiziellen Kommunikation der Programme und Pressemitteilungen nicht ganz so fundamental. Zwar sind nur 35 Kernbegriffe des Sozialdiskurses, also weniger als die Hälfte, unter den TOP-1000-Begriffen der offiziellen öffentlichen Kommunikation. Aber darunter sind wesentliche Schlüsselbegriffe und insbesondere auch die Leitbegriffs-Triade *Zugang, Teilhabe, Arbeit* und auch das *Grundeinkommen*, wenngleich nur auf Rang 344 und mit weniger als 50 Nennungen (vgl. Tabelle 3).

Der Sozialdiskurs in den Foren ist begrifflich wesentlich reichhaltiger und vielfältiger, die Begriffe – das *Grundeinkommen* insbesondere – haben ein unterschiedliches Gewicht, d.h. sie werden in unterschiedlichen Rangordnungen benutzt. Die Diskursteilnehmer verwenden sie differenziert, in verschiedenen Kontexten, und sie setzen jeweils ihre eigenen Akzente. Dies ist auch Ausdruck und Resultat der Kontroversen in der Piratenpartei über soziale Fragen, die in der offiziellen Kommunikation wie bei jeder Partei überspielt werden. Die wesentliche Ausnahme, in der sich die offizielle Kommunikation der Partei und die interne und die offene öffentliche Diskussion der Mitglieder und des Umfeldes wirklich substantiell unterscheiden, ist der Grundeinkommensdiskurs. In den internen Mailinglisten und in ihren öffentlichen Foren präsentieren sich die Piraten gemessen an der kurzen Programmformel und trotz aller Kontroversen eindeutig und entschieden als Partei des Grundeinkommens. Mitglieder und Umfeld befassen sich intensiv mit dem Grundeinkommen, in den öffentlichen und internen Diskussionsforen zählt es – zusammen mit dem Synonym *BGE* – zu den drei prominenten Leitbegriffen.

Der sozialpolitische Wortschatz und die Häufigkeiten seiner Verwendung weisen die Piraten als Formation aus, die die soziale Frage respektive soziale und sozialpolitische Fragen intensiv und differenziert diskutiert. Die Piraten führen Teildiskurse über soziale Problemlagen, sozialpolitische Zielsetzungen, die institutionelle Dimension des Sozialstaats, die Finanzierung von Sozialpolitik und Sozialstaat einerseits, die Höhe und Legitimität sozialstaatlicher Leistungen andererseits. Insbesondere führen sie einen Arbeitsweltdiskurs mit Blick sowohl auf die organisierten Sozialpartner als auch die Arbeitnehmer und Beschäftigten. In Subdiskursen werden die Mitbestimmung, der Mindestlohn und das gesamte Hartz-System thematisiert. Und alle Diskurse führen sie auf einer breiten normativen Grundlage. Die festgelegten Programmpassagen zu sozialen Fragen werden in den internen Piratendiskursen diskursiv unterfüttert. Sie werden von Mitgliedschaft und Umfeld argumentativ getragen. Allerdings erscheint die Bandbreite der Kontroversen auch über Grundsatzfragen des Sozialen bei den Piraten größer als bei den etablierten Parteien, die den Rahmen dessen, was bei ihnen als sozial gilt, bereits deutlicher abgesteckt haben.

Im Gegensatz zu den Grundsatzprogrammen, die die Piraten im Lauf der letzten Jahre vorgelegt haben, lauten die Leitbegriffe in den internen Foren-Diskursen *BGE*⁵, *Grundeinkommen* und *Arbeit* und in den öffentlichen Foren *BGE, Arbeit* und *Einkommen*. Obwohl die Diskurse in den diversen Diskussionsforen im Vergleich zur offiziellen öffentlichen Kommunikation der Partei in Programmen und Pressemitteilungen ungleich umfangreicher sind, macht auch hier die differenzierte und umfangreiche Diskussion des Leitbegriffs *Arbeit* aus den Piraten noch keine Partei der Arbeit. Gewiss sind sie eine Partei des intensiven Arbeits- und Arbeitsweltdiskurses. Dieser Diskurs, der mit hoher Intensität geführt wird, schlägt programmatisch noch nicht soweit durch, dass *Arbeit* auch in den Grundsatzprogrammen zu einem Leitbegriff aufrückt.

⁵ BGE/bGE = bedingungsloses Grundeinkommen.

3. Die Haltung der Piraten zu den Gewerkschaften

Von den *Gewerkschaften* ist in der untersuchten Piratenkommunikation insgesamt 2.400mal die Rede. Gewerkschaft/Gewerkschaften gehört zu den Kernbegriffen des Sozialdiskurses der Piraten. In den öffentlichen Foren und der internen Kommunikation steht der Begriff auf Rängen um 550, in der offiziellen öffentlichen Kommunikation allerdings nur nahe Rang 2.000 (nicht einmal zehn Erwähnungen). Der DGB wird insgesamt ca. 180mal erwähnt (Rang 5.500), zweimal in der offiziellen öffentlichen Kommunikation (immerhin Rang 4.800). Die Begriffsverwendung spiegelt die Differenz zwischen der Aufmerksamkeit wieder, die Mitglieder und Umfeld der Piraten den Gewerkschaften widmen, und der Aufmerksamkeit, die die offiziellen Piraten den Gewerkschaften zollen, aber auch den Stand der offiziellen Beziehungen zwischen Piratenpartei und Gewerkschaften.

Die Liste der Begriffe, die im Kontext des Begriffs Gewerkschaften verwandt werden, liest sich wie ein Lexikon der Gewerkschaftsbegriffe oder Handbuch der Gewerkschaftsarbeit. Ein kleiner Teil kreist um die Gewerkschaftsorganisation. Mit dem größten Teil der Begriffe rund um den Begriff der Gewerkschaften – Nomina, ebenso wie Verben und Adjektive - werden Praxis und Aktivitäten der Gewerkschaften ausgelotet: Akteure, Ziele, Handlungsoptionen, auch das Kerngeschäft der Tarifpolitik. Eine Reihe negativer Begriffe in den öffentlichen und internen Foren überschreitet das Niveau des Vokabulars nicht, das Abgeordnete in einer scharfen parlamentarischen Debatte gegenüber den Gewerkschaften verwenden, oder das Journalisten benutzen, wenn sie gewerkschaftliches Agieren kritisch kommentieren. Massiv gewerkschaftsfeindliches Vokabular wird überhaupt nur in den öffentlichen Foren benutzt. Dabei handelt es sich allerdings größtenteils um skurrile Wortschöpfungen, die auf erhebliche ideologische Deformationen, beträchtliche politische Desorientierung und historische Unkenntnis schließen lassen. Sie werden nur von einzelnen Usern benutzt und oft auch nur einmal. Sie sind deshalb nicht signifikant und im strengen Sinne – wegen der geringen Anzahl der Urheber – auch keine diskursiven Begriffe. Sie werden zwar in den Diskurs eingespeist, aber nicht aufgegriffen.

Die überwiegend neutralen, formal und deskriptiv benutzten Begriffe im Umfeld der Gewerkschaften lassen auf eine entsprechend unentschiedene, neutrale Position der Mehrheit der User gegenüber den Gewerkschaften schließen. In geringerem Umfang ist mit einer interessierten und offeneren Haltung von Mitgliedern und des Piratenumfelds gegenüber den Gewerkschaften zu rechnen, die gleichwohl eine bestimmte Distanz nicht aufgeben. Die piratentypische Grundhaltung ist ein Individualismus, der generell skeptisch gegenüber Großorganisationen und kollektiver Interessenvertretung macht, aber weder von Organisationsleistung, Macht und Einfluss der Gewerkschaft noch von normativen Übereinstimmungen unbeeindruckt bleibt. Der Sprachgebrauch belegt, dass einige organisierte Gewerkschafter und auch Mitglieder oder Anhänger der Linkspartei an der Diskussion teilnehmen. Summa summarum sticht der begrenzte Kenntnisstand von Funktions- und Arbeitsweisen der Gewerkschaft ins Auge.

Von *Betriebsrat* und *Betriebsräten* ist in den öffentlichen und internen Foren ca. 260mal die Rede, in den offiziellen und öffentlichen Dokumenten dagegen kein einziges Mal. Abwertende oder skeptische Umfeldbegriffe wurden zu Betriebsräten ebenso wenig identifiziert wie Verben und Adjektive, die Distanz, Kritik, Skepsis oder gar Feindseligkeit ausdrücken. Eine substantielle Ablehnung der Institution Betriebsrat ist im Piratendiskurs nicht nachzuzeichnen. Die Verwendung des *Begriffs Betriebsrat* und insbesondere auch kleine diskursive Seitenstränge über Fragen der Betriebsratsgründung

signalisieren ein sachliches, rein quantitativ allerdings geringes Interesse an Betriebsräten und Betriebsratsarbeit.

4. „Gewerkschaftsnahe“ Diskurselemente

Der Begriff *sozial* und damit das Soziale ist integrierter Teil des Piratenwortschatzes und des Piratendenkens. Im gesamten untersuchten Piratenkorpus wird das Adjektiv *sozial* über 20.000mal benutzt. Ca. 2.000 Komposita⁶ des Wortstamms *sozial* mit 76.000 Nennungen sind in Verwendung. An die 1.400 Umfeldbegriffe mit fast 18.000 Nennungen wurden für das Adjektiv gezählt. Zum Vergleich: Die zentralen Grundwerte der Piraten: Freiheit (16.200), Demokratie (14.700), Gerechtigkeit (4.200), und Teilhabe (3.500) werden teilweise wesentlich weniger benutzt. Die Verwendungsmuster belegen, dass sich die Partei das Attribut *sozial* grundsätzlich zuschreiben und für sich in Anspruch nehmen will. Der weitaus häufigste Begriff, der zusammen mit dem Adjektiv *sozial* zusammen benutzt wird, ist die *Marktwirtschaft*, gefolgt von *Gerechtigkeit*, *Gesellschaft*, *Staat* und *Arbeit*. Damit unterscheiden sich die Piraten und ihr Umfeld in Nichts von anderen Parteien. Wesentlicher Unterschied: Auch BGE und Grundeinkommen gehören zu den häufigsten Begriffen, die im Kontext von *sozial* benutzt werden.

Der Begriff *Mindestlohn* wird im Piratendiskurs insgesamt fast 8.500mal benutzt. Zwei Drittel der Begriffsverwendungen entfallen auf die öffentlichen Foren. In der offiziell öffentlichen Diskussion wird der Begriff an die 20mal gebraucht. Die Piraten führen einen komplexen Mindestlohndiskurs mit einigen Subdiskursen. Für einen beträchtlichen Teil der Diskursteilnehmer ist der Mindestlohn eine Brückentechnologie vom Hartz-IV-System zum Grundeinkommen. Die Formel aus dem Grundsatzprogramm der Piraten ist auch in den internen Diskursen präsent. Insofern, aber nicht nur deshalb, ist das Grundeinkommen allgegenwärtiges Element der Mindestlohndebatte. Damit ist der Mindestlohn im Piratenkontext ein positiver sozialpolitischer Bezugspunkt. Die Idee von der Brückentechnologie macht die Piraten der Mindestlohn-Forderung generell zugänglich. Sie kann daher für sie auch unmittelbar politisch handlungsleitend werden. Ansonsten reproduzieren die Piraten in der Debatte die gesamte Palette von Pro- und Contra-Argumenten, die auch in der öffentlichen Debatte angeführt werden. Einige wenige Diskutanten machen sich mit Wortkonstruktionen bemerkbar, die die Mindestlohnforderung abwerten und herabsetzen. Es handelt sich aber um nicht signifikante Einzelmeinungen, die diskursiv unerheblich sind.

Der Begriff *Mitbestimmung* wird im Vergleich zum Mindestlohn nur knapp 900mal benutzt, allein ca. 500mal im öffentlichen Forum. Die Piraten führen allerdings wesentlich umfangreichere Paralleldiskurse mittels Begriffen wie *Zugang* und *Teilhabe*. In begrenztem Rahmen entfalten sie einen differenzierten Mitbestimmungsbegriff. Für sie ist Mitbestimmung ein Projekt in allen gesellschaftlichen Räumen. Mitbestimmung wird vor allem als Frage der Demokratie und umfassend gesellschaftspolitisch gedacht und kommuniziert, mit verhaltener Sympathie für die betriebliche Mitbestimmung, die mit den Gewerkschaften assoziiert wird. Im jüngsten Grundsatzprogramm liefert die betriebliche Mitbestimmung eine Zwischenüberschrift. Wie in anderen Diskursen wird auch im Mitbestimmungs-

⁶ Dabei bleiben 500 weiterführenden Komposita von *sozial* wie *sozialistisch* und *Sozialismus* bzw. *nationalsozialistisch* und *Nationalsozialismus* sowie deren Komposita etc. unberücksichtigt.

diskurs das bedingungslose Grundeinkommen als Referenzpunkt eingeführt, insbesondere als Instrument, das Teilhabe und Mitbestimmung ermöglichen soll. Piratentypisch ist auch, dass der Mitbestimmung die Selbstbestimmung als eigentliches Piratenanliegen gegenübergestellt wird.

Ca. 3.800mal wird im Piratenkorpus über den *Sozialstaat* geredet. Auf drei Besonderheiten des Subdiskurses zum Sozialstaat weisen die Daten hin: Das *BGE* beziehungsweise das *Grundeinkommen* sind der eine omnipräsente Pol des Sozialstaatsdiskurses, der andere sind der *Markt* und die *Marktwirtschaft*. Aber insgesamt häufiger als *Grundeinkommen* und *Markt* werden das *Sozialstaatsgebot* und das *Sozialstaatsprinzip* in die Debatte eingeführt. Die Begrifflichkeit rund um den Sozialstaat zeugt von einer starken Polarisierung des Sozialstaatsdiskurses. Der Begriff des Sozialstaats evoziert im Piratenmilieu Kontroversen und auch Widerwillen und Abwehr. Der Sozialstaat als Prinzip ist Perspektive. Als Institution ist er grundsätzlich verteidigungswert, bietet aber auch Anlass zu grundsätzlicher Kritik. Der Hauptvorwurf richtet sich gegen alle Arten von Sozialstaatsbürokratie, verbreitet ist die Kritik an der Entmündigung durch den Sozialstaat. Die Häufigkeitsverteilung der Begriffe signalisiert, dass die harten marktradikalen und neoliberalen Kritiker einer sozialen Positionierung der Piraten insbesondere im Sozialstaatsdiskurs ein Terrain vorfinden. Generell pendelt der Diskurs um den Sozialstaat zwischen Schutzverlangen und Bevormundung, Anspruchshaltung gegenüber dem Staat und Zurückweisung staatlicher Ansprüche. Durch alle Politikbereiche zieht sich der Widerspruch zwischen Forderungen nach staatlichem Schutz vor den Fährnissen der Existenz und nach sozialstaatlichen Leistungen einerseits, Forderungen nach Schutz vor einem übermächtigen Staat andererseits. Der Begriff *Sozialpolitik* wird 1.324mal genannt. Er ist im Gegensatz zum *Sozialstaat* weitaus weniger kontrovers oder gar negativ besetzt. Der Sozialstaat ist teilweise kritisch gesehener Kontrahent, der auch an seine Regeln zu erinnern ist. Sozialpolitik ist ein positives Handlungsmuster. Gegenüber dem Sozialstaat ist die Freiheit zu behaupten, in der Sozialpolitik geht es um Gerechtigkeit.

Hartz IV ist ein sozialpolitisches Großthema der Piraten. Fast 12.000mal wird das Thema unter verschiedenen Schreibweisen angesprochen. Das Hartz-IV-System liefert einen wesentlichen Anstoß für die Diskussion um das bedingungslose Grundeinkommen. Es ist neben grundsätzlichen liberalen Einwänden gegen staatlich organisierte Solidarität die wichtigste Quelle für die Sozialstaatsaversion vieler Piraten. Im Zentrum der Kritik stehen das Kontroll- und Sanktionsregime sowie die damit verbundene Entmündigung ebenso wie die Höhe. Das Hartz-IV-System kollidiert aus Piratensicht mit wesentlichen Grundwerten: Freiheit, Selbstbestimmung, Menschenwürde, RESET und auch Gerechtigkeit. Viel wird über die persönlichen Belastungen der Empfänger geredet.

5. Grundeinkommen: Das Schlüsselthema der Piraten

Kernstück des Sozialdiskurses der Piraten und sozialpolitisches Alleinstellungsmerkmal ist die Auseinandersetzung um das bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Allein 22.500mal wird in den untersuchten Foren über das *Grundeinkommen* geredet. Über das *BGE* sogar fast 75.000mal.⁷ Die quantitative Dimension im Vergleich zu anderen Begriffen belegt die besondere Funktion des Themas im sozialpolitischen Diskurs der Piraten. Dies als auch die - wenn auch knappen - programmatischen Festlegungen unterscheiden die Piraten auf dem Feld der Sozialpolitik von allen anderen Parteien (siehe „Programmaussagen zum Grundeinkommen“, S. 14).

Der Diskurs wird in den Foren unter unterschiedlichen Aspekten breit und kontrovers geführt. Er reproduziert alle gängigen Begründungen des Grundeinkommens, aber auch alle Einwände aus verschiedenen ideologischen Richtungen sowohl aus dem Blickwinkel sozialdemokratischer und linker Vorstellungen vom Sozialstaat als auch aus der Warte liberaler Sozialstaatskritik. Teilweise erreicht die Debatte ein beträchtliches Detailniveau, aber auch beträchtliche Schärfe.

An das Grundeinkommen werden vielfältige Hoffnungen geknüpft, von seiner Einführung erhebliche Veränderungen erwartet: für Selbstbestimmung und Existenzsicherung, auf dem Arbeitsmarkt, für die Positionen der Tarifparteien, die internationale Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft, das Steuersystem. Thematisiert werden der Mentalitätswandel, der einen Paradigmenwechsel bei der sozialen Grundsicherung voraussetzt, aber auch das psychologische Verhältnis zwischen arbeitenden Grundeinkommensfinanziers und nicht arbeitenden Grundeinkommensbeziehern. Ein Gegenstand ist die instrumentelle Verzahnung von Grundeinkommen und Mindestlohn. In der Piratendebatte wird das Grundeinkommen auch als Instrument betrachtet, um Organisationen wie die Gewerkschaften überflüssig zu machen, da es die Position der einzelnen Arbeitnehmer durch Verknappung des Arbeitsangebots gegenüber den Arbeitgebern stärken könne, die dann keine Gewerkschaften mehr brauchen. Thematisiert wird aber auch, dass die Verknappung des Arbeitsangebots gerade auch die Verhandlungs- und Druckposition der Gewerkschaften in Tarifverhandlungen stärken könne. Vereinzelt wird das Grundeinkommen als staatlich finanziertes Streikgeld bezeichnet. Nach diesem Argumentationsmuster finanzieren die Arbeitenden möglichst viele Nicht-Arbeitende, damit diese nicht als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt auftreten und die Arbeitenden höhere Einkünfte und der Staat höhere Steuereinnahmen erzielen können. Die freie Entscheidung, sich vom Arbeitsmarkt entfernen zu können, soll Druck auf den Arbeitsmarkt ausüben, eine Verknappung des Angebots und damit einen Druck auf den Preis der Arbeitskraft nach oben bewirken. Es könne so sogar Vollbeschäftigung und ein Übergang der Nachfrage gegenüber dem Arbeitskräfteangebot erzeugt werden. Gleichzeitig könnte aus der Perspektive der Piraten das Grundeinkommen dann eine Flexibilisierung des Kündigungsschutzes zulassen.

⁷ Da es sich beim BGE um keinen Begriff des allgemeinen Sprachgebrauchs handelt, wurde die genauere Untersuchung auf das Grundeinkommen beschränkt.

Programmaussagen zum Grundeinkommen

Wahlprogramm Niedersachsen 2013

Viele Schritte sind notwendig, um in unserer Gesellschaft allen Menschen die Teilhabe zu ermöglichen. Ein angemessener Mindestlohn ist ein unbedingtes Muss, branchenübergreifend und gültig für alle Bereiche und Arbeitnehmer. Das bedingungslose Grundeinkommen zur Existenzsicherung aller Menschen ist unser Ziel, für das wir uns auch in Niedersachsen mit aller Kraft einsetzen. (S. 7)

Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen wir uns für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein. Wir fordern daher einen allgemein verbindlichen Mindestlohn, welcher der von der OECD ermittelten Niedriglohngrenze für Deutschland entspricht. (S.19)

Wahlprogramm Schleswig-Holstein 2012

Unsere Sozialsysteme müssen sich an die in Folge des demographischen Wandels veränderte Gesellschaft anpassen. Die Arbeitenden können die Nicht-Arbeitenden nicht mehr vollständig unterstützen, die Jungen nicht mehr die Alten. Innovative neue Modelle sind für die Zukunft unerlässlich. Konzepte wie das BGE (bedingungsloses Grundeinkommen) können eine mögliche Lösung darstellen. (S.33)

Wahlprogramm Rheinland-Pfalz 2011

Als eine Möglichkeit diese Ziele zu erreichen, unterstützt die Piratenpartei Rheinland-Pfalz grundsätzlich die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE), das sowohl die bisherigen Transferleistungen des Staates (ALG II, BAföG, Kindergeld, Grundsicherung im Alter) als auch die Steuerfreibeträge bei der Einkommensteuer ersetzt. Wir werden dieses Thema daher in die politische Debatte einbringen und die Machbarkeit sowie die soziale Wirksamkeit näher überprüfen. (S.50)

Wahlprogramm Berlin 2011

Die PIRATEN Berlin werden kurzfristig einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen und setzen sich mittelfristig für ein Grundeinkommen ein. Dieses Grundeinkommen wird allen Bürger mit ständigem Wohnsitz und unbefristetem Aufenthaltsrecht in Deutschland ohne weitere Bedingungen zur Verfügung gestellt. Langfristig soll das Grundeinkommen in gleicher Weise existenzsichernd sein, wie der gesetzliche Mindestlohn und ihn schrittweise ablösen. (S.44)

Grundsatzprogramm 2012

Die technologische Entwicklung ermöglicht es, dass nicht mehr jede monotone, wenig sinnstiftende oder sogar gefährliche Aufgabe von Menschenhand erledigt werden muss. Wir sehen dies als großen Fortschritt, den wir begrüßen und weiter vorantreiben wollen. Daher betrachten wir das Streben nach absoluter Vollbeschäftigung als weder zeitgemäß noch sozial wünschenswert. Stattdessen wollen wir uns dafür einsetzen, dass alle Menschen gerecht am Gesamtwohlstand beteiligt werden und werden dazu die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens prüfen. (S.66f)

Wir Piraten setzen uns für eine nachhaltige Bekämpfung der Altersarmut, die direkte Folge der über Jahrzehnte verfehlten Rentenpolitik ist, ein. Auch für das langfristige Ziel eines bedingungslosen Grundeinkommens wird das Rentensystem angepasst. Jeder Rentner soll im Alter eine Mindestrente erhalten, welche eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. (S.69)

Ob das bedingungslose Grundeinkommen ein geeignetes Instrument ist, um der sozialen Frage und den Problemen des Sozialstaats zu Leibe zu rücken, ob es hält was es verspricht, wird in der Öffentlichkeit, in den Gewerkschaften und zwischen den Parteien strittig bleiben. Die kurze Programmnotiz im Grundsatzprogramm von 2012 legt nahe, dass das Grundeinkommen parteiintern nicht nur kontrovers diskutiert wird, sondern auch noch nicht hinlänglich durchkonzipiert ist, um präzisere Programmaussagen zuzulassen.

Die zahlreichen verstreuten normativen und gesellschaftsanalytischen Überlegungen, die in der Debatte mit dem Konzept verbunden werden, legen die Grundzüge des sozialpolitischen Denkens der Piraten und ihres Umfelds offen. Die Befürworter versuchen, die Idee des Grundeinkommens umfassend, als Antwort auf Probleme des zeitgenössischen Sozialstaats ethisch-moralisch, normativ, sozialpolitisch und ökonomisch zu begründen. Sie messen das eigene Konzept am gegenwärtig erreichten tatsächlichen Niveau der Sozialstaatlichkeit ebenso wie an den Verheißungen des Sozialstaats, versuchen es gegenüber etablierten Vorstellungen von Sozialstaatlichkeit ebenso wie gegenüber Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, Arbeitsmoral und Arbeitsethos auszuweisen, die im Massenbewusstsein tief verankert sind. Durch ihre Kontrahenten werden sie dazu angehalten, durchzuformulieren, wie aus einer hoffnungsfrohen Idee ein operables Konzept entwickelt werden kann, das in Reformschritte und Gesetzgebung übersetzbar ist – und zugleich die hochgesteckten Erwartungen erfüllt oder zumindest einen spürbaren Fortschritt gegenüber dem kritisierten Sozialsystem erbringt. Dagegen mühen sich die Kritiker eher erfolglos daran ab, die wesentlichen normativen Grundüberlegungen zurückzuweisen. Sie konzentrieren sich deshalb auf die Finanzierungsfrage, diverse Gerechtigkeitsaspekte im Vergleich zu geltenden soziastaatlichen Regelungen sowie die Folgen für Löhne und Einkommen, Produktivität, Arbeitsmotivation, die Exporte, das Steuersystem etc.

Beide Seiten greifen auf gängige wirtschafts- und sozialpolitische Argumentationsmuster zurück, mit denen Reformprojekte begründet werden (z.B. Entbürokratisierung, Effektivierung), um Anschluss an die allgemeine sozialpolitische Debatte zu halten. Teilweise werden in der Kontroverse aber auch verblüffende und spekulative, teilweise absurd anmutende und widersprüchliche Überlegungen vorgetragen, die jenseits wirtschaftstheoretischer Plausibilität und wirtschaftspolitischer Konventionen angesiedelt sind. Die Debatte ist durchzogen von einer eigentümlichen Mischung aus schwärmerischen und nüchternen Motiven. Die Einführung eines als umstürzend und revolutionär gepriesenen Konzeptes, dem wie einem Stein der Weisen die Lösung wesentlicher Probleme des Kapitalismus zugeschrieben werden, wird letztlich auf parlamentarischem Weg und im allseitigen Konsens für möglich gehalten. Der Paradigmenwechsel wird – so der vorliegende Entwurf zum Wahlprogramm – einer Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages und damit den parlamentarischen Strukturen anvertraut, denen ansonsten zumindest Schwerfälligkeit attestiert wird.

Ideologisch speisen sich die Pro-Grundeinkommen-Argumente aus heterogenen Quellen – liberalen, linken, sozialistischen und anarchistischen, vereinzelt auch christlichen. Kritik wird von einer linken antikapitalistischen, sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Sozialstaatsposition aus vorgetragen. Linken und liberalen Befürwortern stehen linke und liberale Gegner gegenüber. Bei der Beschreibung der Ursachen wirtschafts- und sozialpolitischer Fehlentwicklungen, die das Grundeinkommen zwingend machen, mischen sich kapitalismus-, also systemkritische Motive mit puristischen marktwirtschaftlichen, also politikkritischen Motiven, die die Ursachen für die problematischen sozialen Entwicklungen in der Abweichung der Politik vom marktwirtschaftlichen Pfad der Tugend sehen. Ein beträchtlicher Teil der Befürworter schließt an eine typisch linke Kritik der Reichumsverteilung,

der Benachteiligung, der Exklusion, ungerechter und ungerechtfertigt niedriger Löhne, des gesamten Systems von Niedrig- und Dumpinglöhnen und Aufstockern an. Die massive Kritik am Hartz-IV-Kontroll-Regime speist sich aus den sehr grundlegenden individualistischen Freiheits- und Unabhängigkeitsvorstellungen der Piraten und ist einer der wichtigsten Ausgangspunkte der Entscheidung für das Grundeinkommen. Die emphatischen Versuche, das Grundeinkommen mit Motiven aus einer systemkritischen linken Position zu begründen, werden mit teils aggressiven und polemischen liberalen bis neoliberalen Argumentationen ebenso gekontert wie mit sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Argumentationsmustern. Ein Teil der Kritiker greift auf Argumente zurück, wie sie bereits die Grundwertekommission der SPD gegen das Grundeinkommen vorgetragen hat.⁸ Insbesondere die Konzepte von Götz Werner, Gründer und Aufsichtsrat der Drogeriekette dm-drogerie markt, und Dieter Althaus, früherer Ministerpräsident des Freistaats Thüringen, werden von linken Protagonisten des Grundeinkommens und linken Sozialstaatsbefürwortern bei den Piraten als neoliberal oder konservativ kritisiert. Gleichzeitig wird die generelle Ambition des Grundeinkommens vereinzelt aus wirtschaftsliberaler Sicht als links, sozialistisch und insbesondere als kommunistisch abgelehnt. Den Wirtschaftsliberalen wiederum wird das Grundeinkommen als Mittel schmackhaft gemacht, den Kündigungsschutz und die Macht der Gewerkschaften einzuschränken. Demgegenüber deklarieren die linken Befürworter das Grundeinkommen zu einem wirkungsvollen Instrument gegen die Lohnklaverei. Das Grundeinkommen soll die Unabhängigkeit des Einzelnen fördern, die individuelle Arbeitnehmerposition soll durch die Verknappung des Arbeitsangebots gestärkt werden.

Die Teilnehmer der diversen Diskussionsforen, die dem Konzept von Götz Werner positiv gegenüberstehen, greifen vor allem auf die ethischen Grundlagen und das Menschenbild zurück, weniger auf die konkrete Durcharbeitung des Konzeptes. Bestimmte Aussagen werden aus Götz Werners Schriften zitiert, teilweise ohne Quellenhinweise. Grund kann sein, die Quelle, die für manche Kritiker eine Reizfigur ist, bewusst nicht kenntlich zu machen. Ein kleinerer Teil der Forumsautoren folgt der Theorie, dass ein auf Konsumsteuern basiertes Steuersystem gerechter, effektiver und effizienter ist. Der Vorschlag zur Finanzierung des Grundeinkommens durch eine drastische Erhöhung der Konsumsteuern und die Reduzierung respektive Abschaffung von Lohn-, Einkommens und Unternehmenssteuern, der integraler Bestandteil des Konzeptes von Götz Werner ist, wird von den Anhängern aber eher zurückhaltend vertreten oder nicht erwähnt. Er liefert aber umso mehr Ansatzpunkte für Kritik – sowohl seitens der generellen Gegner des Grundeinkommens als auch für den linken Flügel der Befürworter.

Die Piratendebatte ist ein Spiegel der kontroversen gesellschaftlichen Debatte um das Grundeinkommen. Das Grundeinkommen ist ein Feld des Sozialdiskurses von einigem Gewicht. Gegenüber bestimmten sozialen Milieus müssen sich Sozialpolitik und Sozialstaat insbesondere auch im Grundeinkommensdiskurs ausweisen, um Legitimation zu behaupten und neue Legitimation zu gewinnen. In der Sache und in der normativen Substanz weist die sozialpolitische Netzkommunikation der Piraten aber über den unmittelbaren Ausgangspunkt hinaus. Die Debatte um das Grundeinkommen erweist sich als ein exemplarisches Diskursfeld des Sozialen. In diesen Diskurs fließen eine beträchtliche

⁸ "Bedingungsloses Grundeinkommen? Geld allein genügt nicht! Sozialstaatliche Verantwortung für gesellschaftliche Inklusion." Hrsg. SPD-Grundwertekommission (2008) <https://www.spd.de/spd-webapp/servlet/elementblob/10502203/content;jsessionid=412D5FF80A9F547435477F6231D31ADB>
vgl. hierzu auch Solidarisches Grundeinkommen - Eine sozialdemokratische Perspektive. Eine Erwiderung auf die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD. Hrsg. v. Rhein-Erft-SPD (2009). http://www.rhein-erft-spd.de/db/docs/doc_26701_20091119221851.pdf
Beide zuletzt aufgerufen 01.05.2013

Menge sozialer Energie, demokratische Gleichheitsimpulse, normative Überzeugungen von Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, kritische Auseinandersetzungen mit der Entwicklung des Sozialstaats in den letzten zehn Jahren (insbesondere Kritik am Hartz-IV-System), Innovationsanstöße für die Gestaltung des Sozialstaates und lebensweltlich generierte Bedürfnisse ein. Anhand des Grundeinkommens werden Grundfragen sozialer Gerechtigkeit, von Armut und Reichtum, gerechter Verteilung, des Arbeitsmarktes, die Bipolarität der Arbeit als Zwang und Mittel der Teilhabe und Emanzipation thematisiert. Intensität, Breite und Tiefgang des Diskurses lassen erkennen, dass sich die Akteure wesentlicher Dimensionen der selbst gestellten Aufgabe, ein schlüssiges Konzept für diesen sozialpolitischen Paradigmenwechsel zu entwickeln, bewusst sind. Der semiöffentliche interne und öffentliche Grundeinkommensdiskurs der Piraten ist ein sozialpolitischer Grundkurs, in dem sich die beteiligten Diskutanten – Mitglieder und Sympathisanten der Piraten aus bestimmten sozialen Schichten – in die Grundfragen der Sozialpolitik einarbeiten und mit den Grundproblemen der sozialen Frage auseinandersetzen. Es ist eine Diskussion von Grund auf, eine Einarbeitung und Wiederholung von Fragen, die andernorts, bei den Experten und Professionals des Sozialen, als geklärt gelten und abgeheftet sind. Der Piratendiskurs rekapituliert milieu- und auch altersspezifisch die Voraussetzungen des Sozialen und macht die Entdeckung, dass sozialer Zusammenhalt und Gesellschaftlichkeit nicht voraussetzungslos sind.

Eine Partei, die sich an Wahlen beteiligt, muss sich aber Fragen gefallen lassen. Positive Rückwirkungen des Grundeinkommens auf Gestaltung und Organisation der Lohnarbeit sind offen. Die Finanzierung noch mehr. Vorerst bleibt Spekulation, wieweit das Grundeinkommen einen breiten Weg zu umfassender individueller Freiheit und Selbstbestimmung eröffnen kann und ein Mittel gegen die Entfremdung der Arbeit ist. Ob das Grundeinkommen tatsächlich die Einpflanzung eines Sektors nicht entfremdeter, selbst bestimmter Arbeit in den gesamtgesellschaftlichen Arbeits- und Produktionszusammenhang ermöglicht, kann bezweifelt werden. Und ob die Gesellschaft die Spaltung der gesellschaftlichen Arbeit in einen Sektor mehr selbst bestimmter und weniger entfremdeter Arbeit ertragen kann, steht dahin. Denn die Basis ist eine Transferleistung, die der Staat respektive die Demokratie und die Staatsbürger einander nur deshalb gewähren können, weil der Sektor der weiterhin entfremdeten Lohnarbeit den nicht entfremdeten finanziert. Eine Schwachstelle im Piratendiskurs ist die verbreitete Unkenntnis, auch das mangelnde Einfühlungsvermögen und die analytische Abstinenz, in welcher massiver Weise die Praxis der Arbeitswelt Ideologien und Deutungsmuster verfestigt hat, die einem von den Piraten gewünschten und für notwendig gehaltenen Paradigmenwechsel entgegenstehen. Aus dieser Unterschätzung folgt eine Unterschätzung des argumentativen Aufwandes und des Niveaus, das für die argumentative Behauptung gegenüber hartnäckig widerständigen Mentalitäten zu erreichen und dann auch zu halten ist. Andererseits ist in der Forumsdiskussion der Rückzug in eine defensive Geringschätzung, ja Verachtung der Grundzüge der bundesdeutschen Sozialstaatskonzeption, die Unterstellung von Lernunwilligkeit und mangelnder Wandlungsbereitschaft der Kontrahenten zu beobachten – also der klassische, mit sektiererischen Einschlägen behaftete Gestus selbsternannter Innovateure und Avantgardisten.

6. Die Piraten und die Soziale Frage

Die Piraten verfügen im Bund und in den Ländern über eine zwar knappe und noch wenig elaborierte, aber vergleichsweise geschlossene sozialpolitische Programmatik bzw. eine gemeinsame sozialpolitische Grundintention. Je nach Programmtyp und je nach landesspezifischen Besonderheiten werden unterschiedliche Akzente gesetzt. In den etablierten Parteien ist das die programmatische Normalität. Für eine jungen Partei, die weder ihren programmatischen noch ihren organisatorischen Formierungsprozess schon abgeschlossen hat, erreichen die Piraten auf den verschiedenen Ebenen ein vergleichsweise hohes Niveau an programmatischer Geschlossenheit, trotz interner Konflikte und trotz der vielfältigen widersprüchlichen Erwartungen, die an sie herangetragen werden. Programmatische Filtermechanismen scheinen zu greifen, allerdings auf Kosten einer beschleunigten Entwicklung hin zu einem umfassenden Komplettprogramm.

Die knappe sozialpolitische Programmatik und die offiziellen sozialpolitischen Informationen sind aber für eine Einschätzung der sozialpolitischen Grundorientierung der Piratenpartei, ihrer Mitglieder und ihres Umfelds allenfalls begrenzt aussagekräftig. Und auch begründete Prognosen über die weitere programmatische Entwicklung der Partei sind auf dieser Basis kaum möglich. Umso mehr liefern die Diskussionen der Mitglieder und des Umfelds in den verschiedenen Foren Hinweise.

Danach sind die Piraten auf dem Weg zu einem eigenen sozialen Profil. Die soziale Dimension spielt in der marktwirtschaftlichen Orientierung der Partei eine prominente Rolle. Mitglieder und Umfeld führen ihren eigenen sozialen und sozialpolitischen Diskurs, sie pflegen eine eigene Variante der Sozialkritik mit spezifischen Argumentationsmustern, allerdings mit einigen kontroversen Verwerfungen. Mit den bereits ausgearbeiteten Vorschlägen zur Netzpolitik, zum Urheberrecht und zur Entgelt- und Gebührenfreiheit, mit dem ausbaufähigen Konzept des Grundeinkommens und einem Arbeits- und Arbeitsweltdiskurs, der sich mit seiner Fokussierung auf Entfremdungstatbestände von den anderen Parteien abhebt, verfügen die Piraten über genügend Alleinstellungsmerkmale. Sie haben das Potenzial, ausreichend Wähler zu mobilisieren, um die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Insbesondere der Grundeinkommensdiskurs in den Foren und der breit entfaltete Forderungskatalog nach Entgelt- und Gebührenfreiheit in den Programmen sind zwei sozialpolitische Besonderheiten der Piraten mit Mobilisierungspotential. Ihre Programmatik, vor allem aber ihre Diskurse deuten an, dass sie die Chance haben, mehr als eine Ein-Punkt-Partei zu werden, insbesondere auch, wenn man beides – Programme und Diskurse – mit dem jüngsten Parteibildungsversuch AfD vergleicht.

Die Piratendiskurse liefern Impulse für die Debatte um die zeitgemäße Ausgestaltung des Sozialstaats, sie sind Beiträge zu einem offenen Sozialdiskurs unter komplexen gesellschaftlichen Bedingungen. Strittig ist die Instrumentierung einer Politik, die das Soziale an der Marktwirtschaft reanimieren soll. Die Bandbreite reicht von massiven staatlichen Interventionen bis zur „Rückkehr“ zu einer staatsarmen, staatsfernen reinen Marktwirtschaft. Der Schwerpunkt liegt allerdings auf der Verteilung des – irgendwie – erwirtschafteten Reichtums und auf der Frage, wie er für die Finanzierung des Grundeinkommens herangezogen werden kann, weniger auf den Bedingungen seiner Erwirtschaftung. Der freie Zugang respektive die Entgelt- und Gebührenfreiheit ebenso wie das Grundeinkommen laufen auf eine allgemeine Steuerfinanzierung hinaus. Die Mehrheit der Forumsteilnehmer optiert in Richtung auf Besteuerung nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, aber auch die Finanzierung insbesondere des Grundeinkommens durch Konsumsteuern hat nicht wenige Anhänger. Die Konsequenzen verschiedener Konzepte der Steuerfinanzierung werden in den Foren und Mailing-

listen intensiv und detailliert diskutiert, die programmatischen Schlussfolgerungen wurden aber noch nicht gezogen. Doch deutet einiges darauf hin, dass zur Finanzierung der Großprojekte Grundeinkommen, Grundrente und freier Zugang letztlich auf eine Steuerfinanzierung nach Leistungsfähigkeit zurückgegriffen wird, kombiniert möglicherweise mit der Erhöhung des Mehrwertsteueraufkommens durch eine stärker produktbezogene, gesplittete Mehrwertsteuer. Eine Steuersenkungspartei können die Piraten aufgrund ihrer sozialpolitischen Grundorientierung nicht werden.

Stoff für programmatische Weiterungen zu sozialen Fragen liegt in den Piratendiskursen zur Genüge vor. Ein mögliches Scheitern der Piraten folgt jedenfalls nicht aus Defiziten an inhaltlichen Diskussionen. Generell wird das reichhaltige Material der internen Piratenkommunikation aber immer nur sukzessive, nach komplizierten Prozessen der Kompromissbildung mit vielen Windungen und Wendungen in Programmatik transformiert. Das Beispiel der Rentenpolitik, die im Grundsatzprogramm zwar knapp, aber im Gegensatz zum Grundeinkommen detailliert ausgearbeitet ist, zeigt, dass sich intensive interne Debatten schließlich programmatisch niederschlagen können. Die Erwartung ist realistisch, dass dies auch im Fall des Grundeinkommens geschehen wird. Die Piraten zeigen, dass die Idee des Grundeinkommens parteifähig ist, zur sozialpolitischen Profilierung taugt und zu einem Kernpunkt der Programmatik einer neuen Formation gemacht werden kann. Ob es sich dabei um die Piraten handelt oder – nach ihrem eventuellen Niedergang – um eine erwartbare weitere Formation, z.B. nach dem Muster des italienischen M5S, die sich ebenfalls für ein Grundeinkommen ausspricht, bleibt abzuwarten. Eine Abkehr von der Idee des Grundeinkommens ist dagegen nicht zu erwarten. Der diskursive Vorlauf der Grundeinkommensdebatte ist bereits zu groß, als dass er auf Dauer programmatisch blockiert werden könnte. Hinter die bis dato gefundene Kompromissformel, so zurückhaltend sie sein mag, führt kein Weg zurück. Die Logik der Parteienkonkurrenz lässt vielmehr erwarten, dass die Piraten das Grundeinkommen als sozialpolitisches Alleinstellungsmerkmal ausbauen werden. Die weitere programmatische Verdichtung ist aufgrund des Detailreichtums und des Reflexionsniveaus der diskursiven Vorarbeiten realistisch. Dass ein diskursfähiges und politisch wirkungsmächtiges Konzept mit Unterstützung einschlägig arbeitender Ökonomen und Sozialwissenschaftler erarbeitet werden kann, das diskutierbare Antworten auf eine Reihe offener Fragen findet, steht außer Frage. Wahrscheinlich ist, dass sich eine konzeptionelle Variante durchsetzt, die soziale und freiheitliche Komponenten mischt, diverse Zugeständnisse an individualistische und marktliberale Strömungen macht, summa summarum aber als innovative Bereicherung der Sozialstaatsdebatte angesehen werden kann. Über die endgültige Konzeption des Grundeinkommens und damit in erheblichem Maße über die sozialpolitische Richtung und den sozialen Charakter der Partei wird im Wesentlichen mit der Klärung von vier Fragen entschieden:

- Welche Antworten die Piraten auf die Frage nach dem Verhältnis zwischen Gebern und Nehmern, von Leistung und Gegenleistung finden und damit das normative Konzept „Bedingungslosigkeit“ ausfüllen;
- Der Ausgestaltung der Finanzierung des Grundeinkommens: Steuerfinanzierung aus einer drastisch erhöhten Konsumsteuer nach den Überlegungen des Unternehmers Götz Werner, oder aus Einkommens- Vermögens- Erbschaftssteuer sowie Unternehmenssteuern (eine Verrechnung mit diversen Sozialleistungen ist in allen Konzepten vorgesehen);
- In welcher Weise das Grundeinkommen mit anderen Sozialleistungen verbunden wird oder diese ersetzt (Wohngeld, Kindergeld, Krankenversicherung);

- In welcher Weise das Grundeinkommen mit einem gesetzlichen Mindestlohn verkoppelt wird (Relation der Endstufe des Grundeinkommens und Mindestlohn).

Die knappe Programmatik, der vorderhand hohe spekulative Anteil der Grundeinkommensdebatte, die bunte ideologische Mischung sozialpolitischer Positionen im parteiinternen Diskurs, intellektuelle Widersprüche, unfertige Konzeptionen, Kontroversen etc. können zum Urteil führen, dass sich eine politische Formation in diesem Zustand noch jenseits und außerhalb des Diskursraumes bewegt, in dem praktisches Regierungshandeln generiert wird. Für die Beurteilung der sozialpolitischen Orientierung einer Partei, einer jungen zumal, sind aber nicht allein Kriterien maßgeblich, die auf ihre Fähigkeit zu pragmatischem Handeln schließen lassen. Über den Charakter und die Perspektiven einer politischen Formation entscheidet nicht allein der Nachweis der unmittelbaren Tauglichkeit, der praktischen Umsetzbarkeit und der Finanzierbarkeit ihrer Politikinstrumente. Relevant für die Urteilsbildung sind auch die vorgelegten Lageanalysen und Problembeschreibungen, vor allem aber die normativen Grundüberzeugungen, die durch Überlegungen schimmern, deren Praktikabilität auf den ersten Blick eher fragwürdig erscheinen.

Teilweise dramatische Problembeschreibungen lassen die Piraten einen Paradigmenwechsel in der sozialen Frage und große Lösungen favorisieren. Das Grundeinkommen und die Kostenfreiheit sind solche Lösungen. In ihre Ausgestaltung und in den Piratendiskurs der sozialen Frage fließt ein ganzes Bündel von Werthaltungen und politischen Grundorientierungen ein. Bemerkenswert sind der Freiheitsimpuls, das ausgeprägte Verlangen nach Teilhabe, Individualismus und Respekt vor dem Individuum, der Wunsch nach Schutz der Persönlichkeit und ihrer Rechte, das Gerechtigkeitsempfinden und die Grundrechtsorientierung, eine soziale Grundhaltung, Egalitarismus und Antimonopolismus, die piratentypische Mischung aus einem recht fundamentalen Demokratieverständnis einerseits und Staats- und Bürokratieskepsis andererseits, und die eigene Verortung und Parteinahme in einer gespaltenen Gesellschaft. Von Interesse ist das Motiv, auf Basis der Fortdauer des kapitalistischen Industriesystems einen Sektor nicht entfremdeter oder weniger entfremdeter Arbeit mit Hilfe des demokratischen Staates in die Gesellschaft einpflanzen zu wollen. Von Bedeutung ist die Hoffnung, durch eine radikale politische Reformmaßnahme ließe sich die Entfremdungsproblematik in der Arbeitswelt reduzieren. Die großen Lösungen werden vor allem daran gemessen, wieweit sie der individuellen Selbstbefähigung, Selbstbehauptung und Emanzipation dienen.

Denkt man die Programmatik der Piraten und ihren Sozialdiskurs mit Aussagen zusammen, die die Diskutanten zu ihren persönlichen Lebenslagen, Qualifikationswegen und Berufserfahrungen in den politischen Diskurs im Netz einflechten, entsteht ein bestimmtes Bild von der Piratenpartei als Repräsentant von Interessen. Dann erschließt sich zwar nicht die sozialstatistische Zusammensetzung der Mitgliedschaft und Wählerschaft bis auf Prozentpunkte hinter dem Komma. Aber diese Zusammenschau lässt Schlüsse zu auf den politischen Charakter der Piratenpartei und ihr soziales Fundament, die intellektuellen und ideologischen Impulse, die sie tragen, und deren Fundament in der Lebenswelt.

Vieles deutet darauf hin, dass die Piraten als Partei eines Arbeits-, Entgeltfreiheits- und Grundeinkommensdiskurses nicht nur, aber auch die Formation sozialer Schichten sind, die sich intellektuell und materiell in einer eher widersprüchlichen Situation befinden. Ein überdurchschnittliches Bildungsniveau korrespondiert nicht selten mit einer materiell eher unterdurchschnittlichen Situation. Die Vorstellung eines Grundeinkommens entspricht dieser Lebenslage. Die Piraten sind nicht nur,

aber auch eine Organisation sowohl der gut ausgebildeten und höher qualifizierten Prekären, der Projektnehmer auf Werkvertragsbasis, der kleinen und mittleren Selbständigen der IT-Branche. Auch dort wird nicht überall gut verdient, und nicht alle Piraten, die in der IT-Branche tätig sind, gehören zu den Groß- oder Gutverdienern. Die Hoffnung aber, später einmal zu ihnen zu gehören, fließt in die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Piraten ein. Das Grundeinkommen erscheint in nicht wenigen Statements als die finanzielle Basis für das persönliche Durchstarten und nicht nur als soziales Ruhe-kissen. Die praktische Arbeits- und Wirtschaftserfahrung, die lebensweltliche Erfahrung mit ökonomischen Prozessen vieler Piratenmitglieder und -sympathisanten ist die kleiner Marktteilnehmer, von ökonomischen und sozialen Subjekten in Grauzonen der Märkte, in unsicheren Verhältnissen, abstiegsgefährdet aber auch aufstiegsorientiert, leistungsbereit, auf dem Sprungbrett, und manchmal auch erfolgreich.

Die Piraten sind jedenfalls keine Partei des großen Geldes und des Establishments. Die Abkehr ihrer Mitglieder und Sympathisanten von den etablierten Parteien speist sich aus anderen, ja gegensätzlichen sozialen Quellen, Motiven und Impulsen als beispielsweise die der Wechsler zur AfD. Der Sozialdiskurs der Piraten bestätigt die Mitte-Links-Verortung der Piraten auf der Links-Rechts-Achse des politischen Spektrums in etwa dem Raum, den vor Jahrzehnten der Sozialliberalismus der früheren FDP eingenommen hat. In der Sache lässt sich der Piratendiskurs um das Soziale, repräsentiert durch die Grundeinkommensdebatte, als sozialer Individualismus – eben Sozialliberalismus – klassifizieren. Die Formel im Entwurf zum Bundestagswahlprogramm 2013 „Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die PIRATEN für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn ein“ steht exemplarisch für den zeitgenössischen Sozialliberalismus der Internetgeneration.

Die Richtung, die die soziapolitische Positionierung der Piraten nimmt, hängt unter anderem von den Reflexen der parteipolitischen Konkurrenz auf die Piratendebatte ab, aber auch und nicht zuletzt von der Reaktion der Gewerkschaften. Der allzu enge Deutungsrahmen, den Wettbewerber in der partei- und organisationspolitische Konkurrenz anlegen, blendet mitunter Kommunikations- und Kooperationsperspektiven aus. Die partei- und organisationspolitische Konkurrenz verstellt kommunikative Potenziale, verhindert, dass sie entdeckt werden, lässt die Akteure kommunikative Brücken vor-schnell abbrechen. In Rechnung zu stellen ist auch, dass besonders tief greifende politische Konzepte einen langen, windungsreichen, durch Rückschläge, Latenzphasen etc. gepflasterten Weg hinter sich haben, bis sie von der Gesellschaft akzeptiert werden. Ihre Tragfähigkeit oder Untauglichkeit erweist sich oft erst nach Jahrzehnten. Insofern wäre ein endgültiges Verdikt gegen die sozialpolitische Orientierung der Piraten anhand ihrer Grundeinkommensdebatte fahrlässig. Der langsame, aber bislang trotz massiver Kritik ungebrochene Vormarsch der Idee des Grundeinkommens, legt nahe, dass diese Idee sowohl an verbreiteten Überzeugungen und Hoffnungen, aber auch Erfahrungen und lebensweltlichen Bedürfnissen anknüpft. Selbst oder gerade wenn sich das Grundeinkommen letztlich als nicht praktikabler Irrtum erweist, erwächst daraus für Parteien und Gewerkschaften die Pflicht, die Impulse und Motive der Grundeinkommensdebatte und damit die Bedürfnisse jener sozialen Schichten aufzugreifen, die sie tragen. Ein überwölbender Diskurs um gute Arbeit und gutes Leben erscheint mit dem Piratendiskurs um das Grundeinkommen kompatibel und mit den Piraten und ihrem Umfeld möglich. Anknüpfungspunkte im engeren Sinne liefern diverse gewerkschaftliche aber auch sozialdemokratische, grüne und linke Initiativen zum Grundeinkommen.

Anhang

Table 1: Korpusübersicht - das Datenmaterial

Korpus	Wörter	Formen ⁹	Hapax ¹⁰	Nomen	Adjektive	Verben	Einträge Gesamt ¹¹	Nutzer Gesamt ¹²	Zeitraum	Normseiten ¹³	MB ¹⁴
FÖPP	2126530	75295	32428	~ 19800	~ 9500	~ 7000	13735	1275	01/11 - 01/13	~ 9974	14,1
FÖPD	30071142	439168	184654	~ 47000	~ 22000	~ 23000	176062	3044	01/11 - 01/13	~ 141457	200
LQFB_Berlin	469891	30930	15474	~ 11000	~ 4900	~ 3000	-	-	01/10 - 01/13	~ 2441	3,4
LQFB_Bund	1627386	74292	38626	~ 19000	~ 8700	~ 4600	-	-	08/10 - 01/13	~ 8616	12
ML_Berlin	2751263	72555	27037	~ 36000	~ 13000	~ 10000	43460	1590	02/07 - 01/13	~ 54244	76
ML_BGE	6703654	111666	38878	~ 21800	~ 9000	~ 7400	21060	684	08/09 - 01/13	~ 33419	47,3
ML_Bildung	4048310	96242	36069	~ 23000	~ 9700	~ 9000	13939	716	07/09 - 01/13	~ 20316	28,7
ML_Demokratie	323949	16343	6138	~ 4500	~ 2000	~ 1900	716	101	08/09 - 01/13	~ 1624	2,3
ML_Frauen	134861	8293	2815	~ 2200	~ 1100	~ 1100	363	62	09/09 - 01/13	~ 679	1
PM_Bund	240541	22153	12193	~ 8800	~ 3600	~ 2400	-	-	2007 - 2013	~ 1265	2
GP_Piraten	17381	3276	1828	~ 1200	~ 700	~ 450	-	-	-	~ 96	0,1
WP_Piraten	146286	12440	15584	~ 4800	~ 2150	~ 1200	-	-	2009 - 2013	~ 833	1,2
GESAMT							79538			274964	388,1

⁹ Zahl der unterschiedlichen Wörter

¹⁰ Einmalige Wörter

¹¹ Zahl der Einträge in die Foren oder Mailinglisten

¹² Zahl der unterschiedlichen Nutzernamen in den jeweiligen Listen und Foren. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass mehrere Identitäten von einem/r User/in verwendet werden. Verschiedene Nutzer treten in mehreren Foren auf.

¹³ Die Normseite errechnet sich aus der Zahl der Zeichen inkl. Leerzeichen dividiert durch 1450 (durchschnittliche Zeichenzahl einer Normseite nach <http://www.lektorat-vera-hesse.de>)

¹⁴ Größe der txt-Dateien nach Lemmatisierung (Zuordnung von Begriffen zu ihren Grundformen)

Tabelle 2: Sozialdiskursbegriffe in Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2009 – Vergleich

	Begriffe	R	CDU	R	FDP	R	SPD	R	Grüne	R	Linke	R	Piraten
1.	Bürger	7	52	9	52	14	34	31	42	16	25	1	31
2.	Zugang	124	9	176	8	47	21	49	32	31	16	4	14
3.	Mensch	2	88	3	70	2	84	1	226	2	73	7	12
4.	Freiheit	22	29	4	64	140	9	8	67	122	7	19	8
5.	Arbeitnehmer	195	6	105	12	13	36	232	9	494	2	42	5
6.	Unternehmen	32	23	7	57	7	52	11	58	6	42	42	5
7.	Abhängigkeit	313	4	732	2	1034	1	215	10	233	4	83	3
8.	Arbeit	22	29	45	21	3	83	12	57	8	32	83	3
9.	Bürgerin	82	14	151	9	20	30	36	41	16	25	83	3
10.	Teilhabe	419	3	120	11	29	27	25	44	64	10	83	3
11.	Freiheitsrecht	2846	0	732	2	1034	1	1732	1	494	2	141	2
12.	Arbeit Arbeiten	583	2	3840	0	1034	1	714	3	333	3	260	1
13.	Arbeitgeber	419	3	243	6	140	9	714	3	494	2	260	1
14.	Arbeitnehmerdatenschutzgesetz	2846	0	3840	0	609	2	1732	1	866	1	260	1
15.	Arbeitsplatz	25	27	76	15	49	20	28	43	25	20	260	1
16.	Arbeitsschutzgesetz	2846	0	3840	0	2674	0	4842	0	2677	0	260	1
17.	Beteiligung	241	5	499	3	156	8	169	12	175	5	260	1
18.	Diskriminierung	2846	0	732	2	258	5	134	15	233	4	260	1
19.	Gleichbehandlungsgesetz	2846	0	1289	1	1034	1	4842	0	866	1	260	1
20.	Leiharbeitsverhältnisse	2846	0	3840	0	1034	1	4842	0	2677	0	260	1
21.	Not	419	3	732	2	2674	0	547	4	175	5	260	1
22.	Partizipation	1005	1	3840	0	2674	0	1048	2	2677	0	260	1
23.	Verdienstmöglichkeit	2846	0	3840	0	1034	1	4842	0	2677	0	260	1
24.	Verteilung	2846	0	379	4	325	4	1048	2	175	5	260	1
25.	Wohlstand	37	21	73	16	62	17	215	10	494	2	260	1
26.	Zugangsmöglichkeit	2846	0	3840	0	2674	0	4842	0	2677	0	260	1
	Übereinstimmung		17		19		22		22		21		
	Sozialdiskursbegriffe		221		284		327		408		310		26
	Programmbegriffe insgesamt		2846		3840		2674		4842		2677		698
	Anteil Sozialdiskurs (%)		7,8		7,4		12,2		8,4		11,6		3,7

R = Rang des Begriffs in der Liste der Nomina in den jeweiligen Programmen zur Bundestagswahl 2009
 Zahlenangaben in den Spalten mit Parteinaamen: absolute Häufigkeit des Begriffs

Tabelle 3: Sozialdiskurs in Parteiprogrammen – Vergleich

	Begriffe	R	CDU	R	CSU	R	FDP	R	SPD	R	Grüne	R	Linke	R	Piraten
1.	Mensch	1	175	2	182	2	135	1	131	1	170	2	139	1	64
2.	Bürger	10	60	12	72	4	101	49	12	7	65	46	21	2	42
3.	Freiheit	2	108	13	70	1	197	13	32	42	33	14	34	4	31
4.	Zugang	434	3	332	5	118	8	37	16	36	35	59	18	8	24
5.	Teilhabe	57	19	225	8	25	28	14	30	32	37	59	18	11	20
6.	Kind	7	69	6	88	25	28	11	34	4	96	31	24	24	15
7.	Existenz	580	2	1053	1	1887	0	635	1	908	2	247	6	34	11
8.	Arbeit	39	26	89	17	65	14	4	41	32	37	4	65	56	8
9.	Leistung	21	42	32	37	65	14	214	4	96	19	52	20	56	8
10.	Chance	23	39	23	46	6	87	20	26	21	47	247	6	75	7
11.	Diskriminierung	434	3	2461	0	501	2	286	3	144	14	138	10	75	7
12.	Arbeitsplatz	62	18	51	25	152	7	58	11	159	13	100	13	126	5
13.	Betrieb	273	5	111	14	1887	0	167	5	217	10	80	15	126	5
14.	Einkommen	273	5	1053	1	359	3	167	5	174	12	35	23	126	5
15.	Wohlstand	26	36	73	20	16	42	42	14	277	8	151	9	126	5
16.	Beruf	79	15	332	5	188	6	42	14	120	16	151	9	162	4
17.	Existenzsicherung	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	908	2	1101	1	162	4
18.	Hilfe	115	11	84	18	237	5	114	7	132	15	181	8	162	4
19.	Rentenkasse	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	162	4
20.	Rentensystem	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	162	4
21.	Unternehmen	19	43	58	23	41	20	32	21	82	21	8	51	162	4
22.	Abhängigkeit	434	3	171	10	237	5	381	2	441	5	308	5	211	3
23.	Alter	150	9	189	9	118	8	95	8	441	5	109	12	211	3
24.	Betreuung	580	2	225	8	501	2	381	2	441	5	391	4	211	3
25.	Bürgerin	239	6	1053	1	188	6	95	8	8	64	52	20	211	3
26.	Erwerb	434	3	692	2	795	1	1610	0	662	3	676	2	211	3
27.	Gerechtigkeit	32	29	132	12	237	5	30	22	9	63	69	16	211	3
28.	Rente	434	3	692	2	795	1	635	1	908	2	181	8	211	3
29.	Arbeitsmarkt	173	8	692	2	118	8	214	4	253	9	308	5	302	2
30.	Arbeitsmigranten	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	302	2
31.	Ausbeutung	917	1	2461	0	1887	0	114	7	441	5	69	16	302	2
32.	Beschäftigung	194	7	255	7	359	3	114	7	277	8	90	14	302	2
33.	Beteiligung	336	4	225	8	359	3	147	6	77	22	80	15	302	2
34.	Betreuungsangebot	2233	0	2461	0	1887	0	286	3	1422	1	2919	0	302	2
35.	Eigenverantwortung	51	21	78	19	94	10	1610	0	1422	1	676	2	302	2
36.	Fachkräftemangel	2233	0	1053	1	795	1	1610	0	3653	0	2919	0	302	2
37.	Freiheitsrecht	917	1	2461	0	795	1	286	3	374	6	1101	1	302	2
38.	Gleichbehandlung	2233	0	2461	0	795	1	1610	0	3653	0	2919	0	302	2
39.	Grundeinkommen	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	1101	1	302	2
40.	Kindertagesstätte	580	2	2461	0	795	1	214	4	908	2	1101	1	302	2
41.	Lebenspartnerschaft	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	302	2
42.	Lebensqualität	239	6	103	15	81	12	114	7	120	16	676	2	302	2
43.	Lebensstil	2233	0	2461	0	795	1	1610	0	110	17	1101	1	302	2
44.	Mindestlohn	2233	0	2461	0	1887	0	381	2	3653	0	308	5	302	2
45.	Mitbestimmungsmöglichkeit	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	302	2
46.	Not	917	1	279	6	501	2	381	2	3653	0	498	3	302	2
47.	Partizipation	2233	0	1053	1	359	3	1610	0	217	10	211	7	302	2
48.	Rentenpolitik	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	302	2
49.	Rentner	580	2	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	302	2
50.	Sicherungssystem	194	7	506	3	237	5	286	3	193	11	247	6	302	2
51.	Abhängige	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	1101	1	519	1
52.	Altersarmut	2233	0	2461	0	1887	0	635	1	3653	0	498	3	519	1
53.	Altersstufe	917	1	2461	0	1887	0	1610	0	1422	1	2919	0	519	1
54.	Arbeitnehmerin	2233	0	2461	0	1887	0	167	5	908	2	2919	0	519	1
55.	Arbeitsbedingung	580	2	1053	1	1887	0	114	7	908	2	118	11	519	1
56.	Arbeitsumfeld	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
57.	Arbeitsweise	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	1422	1	2919	0	519	1
58.	Arbeitswelt	194	7	152	11	293	4	49	12	277	8	676	2	519	1
59.	Armut	115	11	506	3	188	6	49	12	60	25	35	23	519	1
60.	Armutsgrenze	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	676	2	519	1
61.	Behinderung	95	13	332	5	359	3	114	7	70	23	69	16	519	1

	Begriffe	R	CDU	R	CSU	R	FDP	R	SPD	R	Grüne	R	Linke	R	Piraten
62.	Benachteiligung	917	1	692	2	501	2	286	3	277	8	498	3	519	1
63.	Berufsgruppe	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	1422	1	2919	0	519	1
64.	Beteiligungsrecht	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	533	4	2919	0	519	1
65.	Dumpinglohn	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
66.	Eigentum	194	7	189	9	18	37	167	5	662	3	31	24	519	1
67.	Gleichberechtigung	580	2	399	4	795	1	381	2	374	6	391	4	519	1
68.	Gleichstellung	580	2	692	2	1887	0	69	10	533	4	211	7	519	1
69.	Grundrente	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
70.	Hilfestellung	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	1422	1	2919	0	519	1
71.	Hilfsangebot	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
72.	Hilfseinrichtung	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
73.	Kindesalter	2233	0	2461	0	1887	0	635	1	1422	1	1101	1	519	1
74.	Lebensumfeld	580	2	2461	0	1887	0	1610	0	1422	1	2919	0	519	1
75.	Leistungsangebot	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	1422	1	2919	0	519	1
76.	Mindestrente	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	498	3	519	1
77.	Mitbestimmung	336	4	506	3	795	1	80	9	193	11	181	8	519	1
78.	Mitbestimmungsrecht	2233	0	2461	0	1887	0	286	3	1422	1	247	6	519	1
79.	Mitwirkung	434	3	332	5	293	4	1610	0	908	2	391	4	519	1
80.	Pflege	150	9	132	12	293	4	286	3	110	17	109	12	519	1
81.	Reichtum	580	2	506	3	501	2	381	2	329	7	118	11	519	1
82.	Rentenbeitrag	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
83.	Rentenbezug	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
84.	Rentenversicherung	273	5	2461	0	795	1	381	2	662	3	308	5	519	1
85.	Senior	2233	0	692	2	1887	0	1610	0	1422	1	2919	0	519	1
86.	Solidarpakt	917	1	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
87.	Sozialordnung	580	2	1053	1	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
88.	Sozialsystem	580	2	225	8	501	2	214	4	662	3	1101	1	519	1
89.	Ungerechtigkeit	2233	0	1053	1	1887	0	635	1	1422	1	676	2	519	1
90.	Verteilung	917	1	1053	1	501	2	114	7	193	11	118	11	519	1
91.	Verteilungsstruktur	2233	0	2461	0	1887	0	1610	0	3653	0	2919	0	519	1
92.	Wohlfahrt	917	1	2461	0	1887	0	286	3	3653	0	1101	1	519	1
	Übereinstimmung		56		50		49		55		65		63		
	Sozialdiskursbegriffe		217		172		133		196		316		304		92
	Programmbegriffe gesamt		2233		2461		1887		1610		3653		2919		1291
	Anteil Sozialdiskurs (%)		9,7		7,0		7,0		12,2		8,7		10,4		7,1

R = Rang des Begriffs in der Liste der Nomina in den jeweiligen Grundsatzprogrammen

Zahlenangaben in den Spalten mit Parteinaamen: absolute Häufigkeit des Begriffs

CDU: Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland (2007)

CSU: Grundsatzprogramm – Chancen für Alle (2007)

FDP: Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft. (2012)

SPD: Hamburger Programm (2007)

Bündnis 90/Die Grünen: Grundsatzprogramm – Die Zukunft ist grün (2002)

DIE LINKE: Programm der Partei DIE Linke (2011)

Piraten: Parteiprogramm – Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland (2012)

Tabelle 4: Sozialdiskurs der Piraten – Kernbegriffe unter den TOP-1000-Begriffen und TOP-100 Begriffen

	R	Gesamt	Begriff	R	öffentlich	R	Intern	R	offiziell	Programm
1.	1	92186	Mensch	1	65659	3	25902	3	625	X
2.	3	73052	BGE	4	41564	1	31484	3183	4	X
3.	8	44460	Kind	13	23003	6	21200	23	257	X
4.	12	38385	Arbeit	11	24598	14	13563	35	224	X
5.	19	28227	Einkommen	22	15075	18	13119	523	33	X
6.	20	26335	Bürger	20	16505	25	8720	2	1110	X
7.	24	22460	Grundeinkommen	60	8464	13	13948	344	48	X
8.	32	19308	Unternehmen	32	12082	31	7045	49	181	X
9.	41	16204	Freiheit	33	11581	64	4345	19	278	X
10.	57	13389	Lohn	49	9625	84	3759	2741	5	X
11.	60	12631	Leistung	61	8210	63	4355	230	66	X
12.	74	10677	Arbeitnehmer	73	7217	97	3408	306	52	X
13.	103	8634	Einkommensteuer	145	4629	77	4004	6592	1	X
14.	110	8448	Hartz	84	6454	196	1978	1091	16	X
15.	111	8420	Mindestlohn	99	5842	140	2559	916	19	X
16.	113	8381	Rente	132	4837	91	3539	2741	5	X
17.	147	6769	Arbeitgeber	172	4072	124	2677	883	20	X
18.	148	6758	Chance	151	4551	178	2122	169	85	X
19.	157	6626	Arbeitsplatz	146	4627	206	1965	503	34	X
20.	162	6467	Vermögen	152	4532	210	1932	3827	3	X
21.	209	5391	Hilfe	211	3446	220	1854	154	91	X
22.	218	5203	Existenzminimum	222	3341	219	1862	10490	0	-
23.	224	5101	Mitarbeiter	310	2564	144	2466	208	71	X
24.	238	4926	Wohlstand	174	4056	546	852	964	18	X
25.	256	4586	Arbeiter	187	3856	629	730	10490	0	
26.	257	4579	Eigentum	199	3697	556	836	355	46	X
27.	263	4492	ALG	498	1646	115	2843	3827	3	X
28.	279	4357	Reich Reiche Reichen	201	3679	669	678	10490	0	-
29.	285	4286	Arbeitslose	252	3046	378	1234	2386	6	X
30.	289	4245	Existenz	285	2714	301	1478	299	53	X
31.	291	4223	Umverteilung	249	3076	414	1147	10490	0	-
32.	295	4177	Arbeitslosigkeit	263	2923	369	1251	3827	3	X
33.	296	4175	Gerechtigkeit	250	3075	446	1085	1144	15	X
34.	298	4132	Miete	317	2536	269	1594	4800	2	X
35.	307	4024	Alter	399	2076	214	1918	592	30	X
36.	316	3892	Arbeit Arbeiten	280	2760	436	1111	836	21	X
37.	319	3856	Grundsicherung	378	2163	255	1683	1591	10	X
38.	330	3778	Sozialstaat	296	2631	422	1136	1480	11	X
39.	338	3732	Einkommenssteuer	508	1612	179	2119	6592	1	-
40.	358	3611	Rentner	371	2201	318	1406	3183	4	X
41.	376	3404	Teilhabe	574	1466	229	1822	104	116	X
42.	377	3395	Armut	312	2560	564	823	1381	12	X
43.	382	3370	Betrieb	386	2132	403	1178	265	60	X
44.	395	3302	Arbeitskraft	324	2497	575	802	3827	3	X
45.	401	3283	Zugang	597	1408	281	1564	14	311	X
46.	408	3222	Beruf	452	1834	334	1360	630	28	X
47.	416	3165	Hartz4	345	2373	584	792	10490	0	-
48.	441	3002	Sozialsystem	466	1775	382	1221	2386	6	X
49.	443	2997	Sozialleistung	424	1948	474	1042	2109	7	-
50.	452	2933	Arbeitsmarkt	465	1777	420	1141	1144	15	X
51.	457	2891	Arm Arme	363	2242	699	648	6592	1	-
52.	516	2561	Verteilung	492	1668	548	851	396	42	X
53.	530	2492	Kindergeld	672	1246	373	1244	4800	2	X
54.	554	2403	Gewerkschaft	518	1583	572	812	1894	8	X
55.	592	2219	Sozialabgabe	733	1152	456	1067	10490	0	-
56.	599	2190	Reichtum	468	1773	1071	411	2386	6	X
57.	639	2049	Beteiligung	975	858	443	1094	134	97	X
58.	640	2047	Abhängigkeit	588	1434	776	584	614	29	X
59.	650	2017	Not	543	1521	933	481	1144	15	X
60.	677	1919	Erwerbsarbeit	725	1162	612	754	3827	3	X

	R	Gesamt	Begriff	R	öffentlich	R	Intern	R	offiziell	Programm
61.	721	1786	SGB	765	1105	678	669	1381	12	X
62.	729	1775	Sozialversicherung	781	1080	655	694	6592	1	X
63.	733	1769	Schwarzarbeit	644	1314	980	455	10490	0	-
64.	757	1691	Kindergarten	855	990	664	683	964	18	X
65.	782	1621	Gleiche	742	1137	933	481	3827	3	-
66.	815	1560	Rentenversicherung	1096	744	568	815	6592	1	X
67.	819	1555	Erwerbstätige	1004	833	637	722	10490	0	-
68.	834	1536	Beschäftigung	944	894	709	639	3827	3	X
69.	852	1503	Diskriminierung	1047	790	665	682	561	31	X
70.	863	1483	Sozialtransfer	1012	829	694	654	10490	0	-
71.	884	1447	Ausbeutung	733	1152	1466	286	1718	9	X
72.	892	1432	Vermögenssteuer	1069	771	684	661	10490	0	-
73.	895	1428	Lebensunterhalt	885	962	968	463	3827	3	X
74.	907	1411	Sozialausgleich	1141	717	655	694	10490	0	-
75.	911	1408	Solidarität	865	976	1059	416	1091	16	X
76.	915	1400	Sozialhilfe	1023	815	780	581	3183	4	X
77.	921	1392	Beschäftigte	992	846	869	519	656	27	X
78.	936	1378	Eigentümer	923	920	1005	445	1299	13	X
79.	940	1374	Arbeitszeit	829	1015	1216	355	3183	4	-
80.	948	1349	Arbeitsleistung	775	1088	1594	260	6592	1	-
81.	955	1339	Grundfreibetrag	1077	757	779	582	10490	0	-
82.	988	1294	Zwangsarbeit	820	1030	1570	264	10490	0	-
83.	1010	1272	Erwerbslose	1109	734	835	538	10490	0	-
84.	1016	1265	Ungerechtigkeit	929	914	1233	349	4800	2	X
85.	1025	1255	Schicht	1124	725	854	527	3827	3	X
86.	1047	1222	Soziale	1252	647	809	556	916	19	X
87.	1069	1196	Lohnsteuer	1195	680	873	516	10490	0	-
88.	1077	1183	Arbeitszwang	922	921	1587	261	6592	1	-
89.	1114	1130	Lohn Löhnen	1063	775	1216	355	10490	0	-
90.	1133	1111	Sozialist	831	1011	3588	100	10490	0	-
91.	1163	1076	Pflege	1399	572	922	484	883	20	X
92.	1178	1059	Lohnkosten	1399	572	915	487	10490	0	-
93.	1200	1045	Bürgerin	1526	511	948	469	236	65	X
94.	1238	1012	BGEs	1718	442	790	570	10490	0	-
95.	1256	998	Vermieter	1226	658	1270	336	3183	4	X
96.	1275	981	Chancengleichheit	1403	570	1090	404	2109	7	X
97.	1277	979	Sklaverei	983	850	2927	128	6592	1	-
98.	1290	964	Verdienst	1309	619	1243	344	6592	1	-
99.	1295	961	Bürgergeld	1611	477	922	484	10490	0	-
100.	1312	948	Sozialpolitik	2055	363	804	560	722	25	X

R = Rang der Sozialdiskursbegriffe in der Liste aller Nomina im jeweiligen Korpus

Zahlenangaben in den Spalten *Gesamt*, *öffentlich*, *intern* und *offiziell*: absolute Häufigkeit des Begriffs

Gesamt: gesamter Piratenkorpus; *öffentlich*: öffentliche Foren; *intern*: Mailinglisten; *offiziell*: Programme und Pressemitteilungen (vgl. detaillierte Darstellung der einzelnen Textkorpora und ihrer Zusammenfassung, S. 5)

Spalte *Programm*: Der Begriff wird auch in Wahl- und oder Grundsatzprogrammen benutzt

Schaubild 1: Piraten-Wahlprogramm Bundestag 2009: Häufigste Begriffe



